

Gattler-Zeitung

Nr. 13.

Berlin, den 29. Juni 1901.

15. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch
die Post (Post-Liste Nr. 6519)
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifenband.

Redaktion und Verlag:
Joh. Jassonbach, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 788.

Inserate die 8 gespaltene Nonpareille-
Zeile 20 Pfg.;
bei Wiederholungen bedeutende
Ermäßigung.

Inhalt.

Vorsicht bei Lohnkämpfen. — Umschau und Arbeitsnachweise. — Die Gewerk-
schaftsbewegung. — Ein Arbeiter über Tarifverträge. — An nachstehende Militär-
offiziers-Fabrikanten. — Zur Beitragshebung. — Streiks und Arbeitsbewegungen. —
Jungmänner. — Rechtsprechung. — Eingekandt. — Vereinstheile. — Vermischtes.
Wäckerle. — Berichtigung. — Adressen und Verlehrsliste. — Anzeigen. — Die
Einladung an die Militärseifen-Fabrikanten. — Konferenz der Militärseifen-Fabrikanten
Deutschlands.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Zureisende Kollegen haben sich vor Annahme von
Arbeit bei dem betr. Vertrauensmann zu erkundigen ob
und wo am Ort gestreikt wird resp. ob eine Werkstelle
gesperrt ist.

Ausgebrochene Streiks.

Dresden. Koffermacher bei Hippold.
Wien. Tischner bei der Firma F. Fröhlich.
Zuzug nach diesen Werkstellen ist fernzuhalten.

Vorsicht bei Lohnkämpfen.

(Nachstehenden beherzigenswerten Artikel entnehmen wir dem
Organ des Verbandes der Maler.)

Wir haben schon des Ofteren darauf hingewiesen, daß unter
dem wirtschaftlichen Niedergang auch das Baugewerbe schwer zu
leiden hat. Besonders deutlich tritt dies bei den gegenwärtigen
Lohnbewegungen in der Ueberfüllung des Arbeitsmarktes hervor.
So schreibt z. B. „Der Arbeitsmarkt“ über die Lage des Arbeits-
marktes in Deutschland für Anfang Mai:

„Die Belohnung des Arbeitsmarktes zu Beginn des
Frühjahrs hat zwar eine Zunahme der Beschäftigten zur
Folge gehabt; diese Steigerung hat aber nur dazu gebiegt,
die in den letzten Monaten gerissenen Räden ein wenig aus-
zufüllen. Daß in der That der Arbeitsmarkt nach wie vor
eine Ueberfüllung zeigt, tritt an der Statistik der Arbeits-
nachweise zu Tage. Auf 40 423 offene Stellen kamen
69 871 Arbeitsuchende, so daß auf 100 offene Stellen
141,4 Arbeitsuchende entfielen, während im April vorigen
Jahres auf 51 581 Stellen nur 48 176 Arbeitsuchende, also
auf 100 Stellen 93,4 Arbeitsuchende kamen. Im Vergleich
zum März d. J. zeigt sich eine nicht unerhebliche Zunahme
des Arbeitslosenandranges, der an 49 Orien gestiegen und
nur an 89 gesunken ist. Uebereinstimmend berichten die
Arbeitsnachweise, daß die Bauhäufigkeit, namentlich unter
dem Druck des Hypothekenmarktes, den gewohnten Frühlings-
aufschwung vermissen läßt. Zementfabriken, Ziegeleien,
Kalkbrennereien haben ihren Betrieb wesentlich eingeschränkt.
Neben den Bauarbeitern erscheinen namentlich die Metall-
arbeiter fortgesetzt als Arbeitsuchende. Der Beschluß des
Sozialsyndikats, die Produktionsbeschränkung von 10 auf
20 v. H. zu erhöhen, läßt über den ungünstigen Gang im
Eisengewerbe keinen Zweifel.“

Mit Recht weist darauf Rich. Calwer, ein hervorragender
Kenner des Arbeitsmarktes, in der „Leipziger Volkszeitung“ vor
kurzem darauf aufmerksam, Vorsicht walten zu lassen, da in der
letzten Zeit eine Reihe Ausstände begonnen worden sind, die bei
ihrem Anfang auch schon wieder verloren waren. Auch wir haben
gesehen, daß, trotzdem in verschiedenen Fällen die Arbeit fast ein-
müßig eingestellt wurde, nach ganz kurzer Zeit genügend Arbeits-
kräfte vorhanden waren, welche hinreichten, den Betrieb aufrecht zu
erhalten. Ja, es kommt sogar den Herren Innungsmeistern, den
„eigentlichen patentirten Handwerksleitern“, gar nicht mehr darauf
an, an Stelle der streikenden Gehilfen ungelernete Arbeiter zu
bringen, in der Voraussetzung, mit solchen Mitteln bei den Ge-
hilfen den mangelnden „Gewerbestolz“ zu werden und die „ver-
damnte Begehrlichkeit“ einzudämmen.

Woher kommt es nun, heißt es da, daß trotz eines voraus-
zusehenden Mißerfolges die Arbeiter doch in den Ausstand treten?

Wir wollen zugeben, daß in den meisten Fällen sich der Streik in-
sofern rechtfertigen läßt, als Gründe vorhanden waren, welche die
Arbeiter bestimmen konnten, bei einiger Aussicht auf Erfolg die
Arbeit einzustellen. Aber da in der jetzigen Zeit der Erfolg eines
Streiks sehr fraglich ist, so müssen zu allererst, wenn ein Streik
unternommen werden soll, nüchtern und leidenschaftslos die Aus-
sichten eines Vorstoßes gegen den Arbeitgeber geprüft werden.
Denn ein Streik ist doch sinn- und zwecklos, wenn ein totaler
Mißerfolg in sicherer Aussicht steht. Soll trotzdem in solchem
erfolglosen Fall ein Streik zu rechtfertigen sein, so müssen schwer-
wiegende Gründe für die Arbeiter vorliegen, daß ihnen das
Weiterarbeiten direkt zur Unehre gereichen würde. Aber solche
Fälle spielten sich in der letzten Zeit nicht ab. Es handelte sich
vielmehr um Maßregelungen, um deren willen die Arbeiter in den
Ausstand traten. So erfreulich nun der Zug der Solidarität ist,
der sich bei diesen Umständen zeigt, so ist damit das blinde Kos-
maschieren auf den Mißerfolg nicht entschuldigt. Die Arbeiter sind
in den Streik getreten, ohne sich darüber zu vergewissern, wie im
jetzigen Zeitpunkt die Lage des Arbeitsmarktes in dem betreffenden
Gewerbe und speziell auch an dem betreffenden Orte gestaltet ist.

Schon ganz allgemein betrachtet, überwiegt gegenwärtig auf
dem Arbeitsmarkt das Angebot in viel höherem Grade als es
während der letzten fünf Jahre der Fall war, die Nachfrage.
In einer Reihe von Industriezweigen ist der Beschäftigungsgrad
schwach. Dahin gehören namentlich das Baugewerbe, die Textil-
industrie, zahlreiche Branchen des Eisengewerbes u. s. w. Ganz
besonders aber zeigt sich infolge der ungünstigen Beschäftigungs-
verhältnisse ein großer Ueberfluß an ungelerten Arbeitern.
Namentlich sind in den Großstädten zahlreiche Arbeiter dieser
Kategorie seit Monaten beschäftigungslos und warten auf jede
Gelegenheit, die ihnen Verdienst bringen kann. Wenn nun gerade
von Arbeitern, deren Beruf keine Vorbildung erfordert, ein Aus-
stand in jetziger Zeit unternommen wird, so ist mit Bestimmtheit
vorauszusetzen, daß solche Streiks ausnahmslos verloren sind, ehe
sie noch begonnen werden. Liegt es nun aber im Interesse der
Arbeiter, Aktionen zu unternehmen, deren Schaden einzig und
allein sie selbst trifft? Es soll nicht von den Ausstandskosten selbst,
von dem entgehenden Verdienst während der Dauer des Aus-
standes geredet werden; diese Verluste fallen nicht in die Waagschale
gegenüber der Thatfache der dauernden Entlassung infolge eines
solchen Streiks. Meist trifft die Entlassung aber gerade solche
Leute, die organisiert sind und in der Arbeiterbewegung stehen,
während die neuangestellten Arbeiter der Organisation noch fern-
stehen und ihr auch schon um deswillen lange Zeit fernbleiben
müssen, weil sie ja als Streikbrecher gebrandmarkt werden. Wenn
angesichts solcher Verluste für die beteiligten Arbeiter wie für die
Organisationen die Frage aufgeworfen wird, ob solche ausichts-
losen Streiks der Arbeiterbewegung nicht mehr schaden als nützen,
so muß man nach ruhiger Prüfung zu einer Bescheidung der Frage
gelangen. Wenn trotzdem gestreikt wird, so fehlt eben jeder Grund
in die Lage des Arbeitsmarktes, jedes zutreffende Urteil in die
augenblicklichen Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter-
schaft. Solche Kenntnisse verhindern allein verlustbringende Streiks.
Freilich genügt es nicht, daß nur die führenden Genossen mit der
Lage des Arbeitsmarktes vertraut sind. Wir halten es für dringend
notwendig, daß alle organisierten Arbeiter wenigstens einigermaßen ein
Bild von dem jeweiligen Gepräge des Arbeitsmarktes in sich auf-
nehmen. Geschieht das nämlich nicht, so liegt die Gefahr vor, daß
alle Warnungen zum Streik von Seiten der Führer nicht hin-
reichen, um die Arbeiter vor einem unüberlegten Schritt zu be-
wahren. Sie sind und bleiben der Meinung, daß eine geschlossene
Arbeitsniederlegung den Betrieb zum Stillstand und den Unter-
nehmer in Verlegenheit bringen müsse, während doch in Wirklichkeit
überflüssige Hände nur darauf warten, ihm die Streikenden zu er-
setzen.

Aber mit dieser letzteren Thatfache wird nicht gerechnet, weil
man sie nicht kennt und weil man noch nicht gewohnt wurde, die
Marktverhältnisse eingehend zu berücksichtigen.

Aus jedem der in letzter Zeit so sicher verloren gegangenen Streiks spricht daher die Mahnung, mehr als bisher sich um die Verbreitung der Kenntnisse über die jeweilige Gestaltung des Arbeitsmarktes zu bemühen.

Das liegt im Interesse der Arbeiter, das liegt auch im Interesse der Organisationen.

Die Gewerkschaftswache.

Es war ein eigener Zufall, daß im Laufe der Pfingstwoche alle Richtungen der Gewerkschaftsbewegung, soweit sie Bedeutung beanspruchen dürfen, Kongresse oder Generalversammlungen abhielten. So konnten einerseits die Einzelgänger, welche die einzelnen Richtungen trennen, in aller Deutlichkeit hervortreten; aber es wäre ein einseitiges Urteil, wenn wir nicht auch betonen wollten, daß andererseits viel Gemeinsames, das durch die gleiche wirtschaftliche Stellung der Arbeiter bedingt ist, sich stark bemerkbar machte.

So hat vor allem die wirtschaftliche Stellung der Arbeiter die Entwicklung der christlichen katholischen Gewerkschaften, die in enger Verbindung mit dem Zentrum stehen, immer mehr dazu gedrängt, die Erwerbung besserer Arbeitsverhältnisse zu einer wichtigen Aufgabe zu machen. Der Streik hat für die Arbeiter dieser Gewerkschaften nicht mehr das ihnen bisher eingetragene Verabschuldungswürdige, sie betrachten ihn nicht mehr als ein Vergehen gegen die heilige Ordnung, vielmehr haben sie in den letzten Jahren manchen Streik ausfechten müssen und sind dabei nicht selten in hartem Gegensatz mit den Unternehmern gekommen, die zu ihren religiösen und politischen Freunden gehören. Daß dem Zentrum diese Entwicklung angenehm ist, erscheint ganz ausgeschlossen, und der Versuch von autoritärer Seite, eine andere Richtung zu weisen, ist von keinem durchschlagenden Erfolg begleitet gewesen. Auffallend war auf dem Kongreß dieser Gewerkschaftsgruppe, die in Arefeld tagte, die geringe Vertretung der Geistlichen, die sonst auf diesen Kongressen den Ton angaben; die Führer waren Leute aus dem Arbeiterstande. Zwar spukten die Differenzen über das Votagen von der politischen Partei und Geistlichkeit noch fort, aber der Kongreß hat mit Blick vorwärts den Korridor betreten, der die Frage möglichst umgangen. So viel scheint sicher, daß eine Gewerkschaftsbewegung abgeleitet von den rein religiösen katholischen Vereinen, wie sie sich hier in der Entwicklung befindet, vom katholischen Zentrum oder der Zentrumsparthei nicht mehr unterdrückt werden kann. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Bewegung Fortschritte gemacht hat; sie hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens weit die Hürden durch den Verzicht überflügelt, und mit einer gewissen Ueberhebung erklärt ein Redner: „Wir wohnen nicht in die Bahnen der Hirsch-Dunker'schen Vereine einlenken; mit der Unterstützungsforderung sei die Aufgabe der Gewerkschaften nicht erledigt.“

Wie groß die Gegensätze in der Beurteilung der Gewerkschaften unter den Anhänger des Zentrums sind, das bezeugt der ablehnende Standpunkt, den der Verbandstag der katholischen Arbeitervereine für Nord- und Ostpreußen einnahm. Es sind das Vereine mit großem Anhang aus dem Kleinbürgertum, die einen rein religiösen Zweck verfolgen. Hier fand die Gewerkschaftsbewegung nur laue Befürworter, vor allem aber die neutrale Richtung eine entschiedene Abgabe. Es ist das die Richtung, die auch in Berlin einige Versuche mit Gewerkschaftsgründungen machte, aber nur Sektionen innerhalb der katholischen Vereine bildete.

Nicht so glücklich in der Beurteilung ihrer Differenzen als die katholischen waren die von der evangelischen Fakultät. Eine besondere Gewerkschaftsbewegung giebt es hier nicht, wohl aber tauchte ein sogenannter Arbeitervertretertag in Epyr den die Gewerkschaftsfrage aufzuwandern. Zwar hatte man sich in dieser Korporation in dem Jahre vorher mit einigen Sympathieausdrücken für die Gewerkschaften etwas zu Gute gethan, aber man hofft nicht, daß jemand die Sache ernst nehmen werde. Als aber nun Herr Raumann demnach zur That überging und für die Gewerkschaften Propaganda machte, erhoben sich die Interessenten des Unternehmertums und schieden von denen, die etwas mehr als salbungsvolle Reden für die Arbeiter auszuwenden wollten. Für die Gewerkschaftsbewegung hat das Ereignis keine Bedeutung, es zeigt nur die Jämmerlichkeit der evangelisch-sozialen Arbeiterfreundlichkeit.

Auch bei den Hirsch-Dunker'schen zeigte sich der Geist der Reaktion, der nur mühsam nochmals von den „Kitten“ unterdrückt wurde. Die Organisation sagt, das sehen die Arbeiter schließlich auch ein, weshalb sich gegen die verknüpfte, bürokratische Verhandlung ein starker Unwille bemerkbar machte, und nicht viel hätte gefehlt, so wäre eine der bedeutendsten Einrichtungen dieser Organisation, der Reders, der aus politischer Anglisterei, um die Sozialdemokraten von den Vereinen fern zu halten, eingeführt wurde, der Opposition zum Opfer gefallen. Die Frist ist um drei Jahre verlängert.

Von den freien Gewerkschaften hielten fünf Verbände ihre Generalversammlungen ab. Sie widmeten ihren Verhandlungen meist dem Ausbau innerer Einrichtungen. Die Vertragsabhandlungen wurden allgemein mit einer dementsprechenden Ausbesserung der Unterstützungsfähigkeit in Einklang gebracht. Die Bildhauer erhöhten ihren Wochenbeitrag von 50 auf 65 Pf. Die Adpfer führten eine

Krankenunterstützung ein. Der Verband der Metallarbeiter nahm eine Aenderung der Organisation vor. Er führte eine Dezentralisation durch die Sauerzweigung herbei. Man heißt durch diese Abgrenzung in größere Bezirke und Anstellung geeigneter besoldeter Beamte als Vorsteher dieser Gauen die Agitation und die Verwaltung zu erleichtern. Die gleiche Einrichtung haben die Bergarbeiter eingeführt, die bei den Buchdruckern und Holzarbeitern schon längere Zeit besteht. Die persönlichen, unliebsten Debatten, die dem Verbandstag der Metallarbeiter mehr Zeit entzogen als dienlich war, werden in ihrer Nachwirkung hoffentlich keine Schädigung der Organisation bringen.

Der Verband der Bergarbeiter hatte eine interessante Diskussion über die Neutralität der Gewerkschaften, ohne daß es dabei zu ernstlichen Korrekturen kam. Der Verband nimmt eine strenge neutrale Stellung ein, wie es besonders Redakteur Hue befürwortet. Bei den eigenartigen Verhältnissen der Bergarbeiter, vor allem der Konkurrenz der christlichen Organisation, kann Hue wohl mit Recht darauf hinweisen, daß gerade unter dieser Färbung die besten Erfolge erzielt wurden. Der Angriff richtete sich auch mehr gegen eine Ueberhebung der neutralen Stellung, weshalb nach gründlicher Aussprache der bisherige neutrale Standpunkt beibehalten wurde.

Aus der Betrachtung der vielen und so verschiedenen Kongresse geht deutlich hervor, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Position neuerdings weiter gefestigt hat und ihren Einfluß im wirtschaftlichen Leben zu starker Geltung zu bringen weiß.

(Vorwärts.)

Ein Amtsrichter über Tarifverträge.

Als ein Beweis dafür, wie unentwickelt die soziale Seite unserer Rechtsprechung und Rechtswissenschaft ist, kann betrachtet werden, daß den Tarifverträgen der Unternehmer und Arbeiter keinerlei Rechtsschutz zur Seite steht, daß es sich bei der Einhaltung der Verträge durch die Unternehmer lediglich darum handelt, ob sie die Organisation der Arbeiter für so stark halten, daß sie den Vertragsbruch nicht wagen dürfen. So sind die Tarifverträge noch immer lediglich Nachfragen und noch nicht Rechtsfragen. Unseren Juristen fehlt, wie ja unlängst von höchster richterlicher Seite betont wurde, das Verständnis für die sozialen Erscheinungen und deshalb erklärt sich auch die traurige Erscheinung, daß ein so überaus interessantes Gebiet des Vertragsrechtes wie die Tarifverträge in der juristischen Literatur fast gänzlich behandelt ist. Abgesehen von einer grundlegenden Abhandlung des schweizerischen Gerichtspräsidenten Sulzer, besitzen wir nur einige kleine Abhandlungen des Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts v. Schütz über dieses Thema.

Nur erörtert in einer in diesen Tagen erschienenen Schrift „Die Rechtsverhältnisse der gewerblichen Arbeiter“ (Berlin 1901, Verlag von Franz Bahten) der Amtsrichter Franz Burckardt diesen Gegenstand auf Grund der gerichtlichen und gewerbegerichtlichen Praxis. Er legt nicht dar, was sein soll, sondern was ist. Aber auch dies ist für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die mit Tarifverträgen rechnen, von hoher Bedeutung. Deshalb geben wir den wesentlichen Theil seiner Ausführungen wieder. Er führt aus:

„Kollektivverträge zwischen den Unternehmern und Arbeitern können regelmäßig nicht von der Gesamtheit der Beteiligten, sondern nur durch Vertreter zum Abschluß gebracht werden. Eine allzu petulante Fiktion der Legitimation kann dabei nicht stattfinden. Auf der Seite der Unternehmer kommt freilich meist nur eine begrenzte Zahl von Beteiligten in Frage, auf der Seite der Arbeiter aber häufig ein ganz unbestimmter Kreis von Personen. Sind fest organisierte Arbeiterverbände vorhanden, so schicken diese ihre ständigen Vertreter; ist dies nicht der Fall, so werden vielfach die Vertreter in öffentlichen Versammlungen gewählt. Letzt das Eingeklagte die Verhandlung, so entscheidet es gemäß § 62 Abs. 5 des Gewerbegerichtsgesetzes nach freiem Ermessen, ob die Vertreter für genügend legitimiert zu erachten sind.“

Die abgeschlossenen Verträge haben rechtlich in erster Linie die Bedeutung, daß sie als Grundlage für künftig abzuschließende Arbeitsverträge dienen. Beim Abschluß des einzelnen Arbeitsvertrages kann darauf Bezug genommen und der Vertragsabschluß so vereinfacht werden. Des Weiteren ist aber, selbst wenn eine ausdrückliche Bezugnahme nicht erfolgt ist, im Zweifel die Annahme gerechtfertigt, daß diejenigen Gruppen von Unternehmern und Arbeitern, für welche die generelle Vereinbarung abgeschlossen ist, das einzelne der Beurteilung unterliegende Arbeitsverhältnis unter den ihnen wohlbekannten Bedingungen jenes Generalabkommens haben eingehen wollen. Bei der Art, in der diese Abmachungen zu Stande kommen, kann es freilich manchmal zweifelhaft sein, ob der Einzelne als Mitkontrahent angesehen werden kann. Auch wenn sich dies nicht feststellen läßt, so kann doch mitunter aus den Umständen geschlossen werden, daß die zunächst nicht Beteiligten jenes Abkommens nachträglich auch für sich gültig anerkannt haben. Ist z. B. zur Beilegung eines Generalstreiks mit den Vertretern bestimmter Arbeiterorganisationen ein Kollektivabkommen getroffen und haben demnach auf Grund desselben die sämtlichen Arbeiter der Branche die Arbeit wieder aufgenommen, so wird man an-

nehmen dürfen, daß sie das Abkommen als Norm für ihre jetzigen und künftigen Arbeitsverträge gelten lassen wollen. Anders ist die Sache auch dann nicht aufzufassen, wenn ein Schiedspruch des Einigungsamtes ergangen ist. Es ist dies nur ein Vorschlag an die Parteien, eine Ansichtäußerung des Einigungsamtes über das, was es zwecks Ausgleichs der vorhandenen Streitpunkte für recht und billig hält. Unterwerfen sich die Parteien dem Schiedspruch, so kommt der Kollektivvertrag mit derselben Wirkung, wie auf direktem Wege zu Stande."

So weit, so schön. Aber Burckhardt erklärt dann im Widerspruch zu Gotmar: Eine weitergehende rechtliche Bedeutung hat die Praxis jenen Kollektivverträgen nicht beigegeben. Namentlich ist daraus niemals (von Juristen. D. Red.) die Folgerung hergeleitet worden, daß es Jemandem verwehrt wäre, unter anderen Bedingungen Arbeitsverträge abzuschließen. Dies selbst kann nicht, wenn in jenen Vereinbarungen bestimmt ist, daß innerhalb einer gewissen Zeitfrist, etwa innerhalb eines Jahres, für die Lohnsätze, Arbeitszeit, Kündigung die in dem Abkommen getroffenen Bestimmungen gelten sollten. Auch untereinander sind die Beteiligten nicht gebunden, sich an jene Verabredungen zu halten. (§ 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung).

Leider entspricht das eben Ausgeführte der Praxis der deutschen Geschichte; unser eigentliches Arbeitervertragsrecht ist, seitdem es in manchesterlichem Sinne Ende der sechziger Jahre im Reichstage des Norddeutschen Bundes festgelegt wurde, von den gesetzgebenden Faktoren nicht geändert worden. Die Praxis der Gerichte und Vollzugsbehörden hat freilich das Recht der Arbeitskündigung mannigfach geändert, das Unternehmertum hat sich über diese „Auslegungen“ noch niemals beklagt, es hat sie rechtfertigen lassen mit geänderten Verhältnissen, mit neuen Bedürfnissen des gewerblichen Lebens. Die Entwicklung der Industrie, der Organisationen der Unternehmer und Arbeiter, die Tatsache, daß in vielen Gewerben der Abschluß von Tarifverträgen immer häufiger erstrebt und erzielt wird, daß kollektive Arbeitsverträge bei den Buchdruckern schon zur Regel geworden sind, ja, selbst amtlich von Behörden anerkannt wurden, all das sind wahrlich auch Thatsachen, denen gegenüber der Gesetzgeber und Gesetzesleger sein Auge nicht verschließen darf. An der Wende des Jahrhunderts ist die bürgerliche Gesetzgebung im Deutschen Reich gänzlich neu geschaffen worden, das ganze Vertragsrecht ist umgewandelt worden, unberührt blieb, von unwesentlichen und von den Unternehmern wertlos gemachten Bestimmungen abgesehen, das Arbeitsvertragsrecht. Jede Abmachung wegen eines Objektes von 5 Pf. kann die Gerichte in mehreren Instanzen beschäftigen, die mit schwersten Opfern errungen, in feierlichster Form vor Gerichtsstelle abgeschlossenen Tarifverträge, die für Zehntausende bestimmen sollen, wie sie ihr wertvolles Gut, ihre Arbeitskraft, verkaufen sollen, gehen die Gerichte nichts an, da sind sie unzuständig, da hat der Kampf immer wieder zu entscheiden, da gilt das Abwägen der Machtverhältnisse, da ist kein Verlaß auf Treue und Glauben! Seitdem die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung Gesetz wurden, ist der ganze Rechtszustand geändert worden, Strafrecht und bürgerliches Recht, Prozessordnung und freiwillige Gerichtsbarkeit, mehr als ein Duzend Mal ist die Gewerbeordnung geändert worden, aber diese Paragrafen bestehen weiter wie im Jahre 1869. Wohl hat man die Befragung des Kontraktbruchs einzuführen, und die Zuchthausvorlage beschleunigen wollen, niemals ist es aber unseren Machthabern beigegeben, dem Geiste der Zeit entsprechende Änderungen des Arbeitsvertragsrechtes einzuführen, vor Allem die Tarifverträge zu schützen gegen den Vertragsbruch der Unternehmer.

Auch Amtsrichter Burckhardt läßt diese Frage ganz offen. Je mehr aber Tarifverträge abgeschlossen werden, je stärker die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter, je opferreicher die Kämpfe zwischen beiden werden, desto stärker wird das Bedürfnis nach einem gesetzlichen Schutze des Tarifabschlusses. Die ganze wirtschaftliche und soziale Entwicklung drängt dazu, den individuellen Vertragsabschluß durch den kollektiven zu ersetzen, das private Abkommen zu einem allgemeingültigen zu machen. War die Gefahr des Unrechthabens bei einfachen Verhältnissen, beim individuellen Arbeitsvertrage eine geringere, so sind die Folgen eines Tarifbruchs bei Massenabmachungen, wie beim Buchdruckertarife, bei den Abmachungen im Berliner Bau- und Schreinergerwerbe unabsehbar. Hier handelt es sich nicht um Einzelne, sondern um Tausende, die es bitter empfinden müssen, wenn ihr gutes Recht verletzt wird und sie keinerlei Schutz finden bei den Gerichten, die bereit sind, jede Klage der Unternehmer genau zu prüfen, die aber den Arbeitern keinerlei Hilfe gewähren können, wenn die diesen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen mit Füßen getreten werden.

Umschauen und Arbeitsnachweis.

In Nr. 11 unserer Zeitung erschien ein kleiner Aufsatz: „Das Umschauen“, der mich veranlaßt, den Vorstehenden um Aufnahme des Nachstehenden zu ersuchen.

Es dürften diese Zeilen als eine Ergänzung des bekannten Artikels nicht unnötig sein.

In der gleichen Nummer (11) unseres Organes finden die Leser eine Resolution der Zillale München, in welcher beschlossen

wird, der im Prinzip schon im vergangenen Jahre angenommenen Errichtung eines Arbeitsnachweises nun praktisch näher zu treten.

Da nun in München eine Meisterorganisation in irgend einer Form nicht besteht, sahen wir uns gezwungen, uns an jeden Meister einzeln zu wenden und wurden zu diesem Zwecke folgendes Rundschreiben sowie Statuten verfaßt.

Da die betr. Statuten nur die Grundlage, die die prinzipiellen Gesichtspunkte behandelt, sein soll, ist von weiteren Punkten wie Ort, Zeit u. s. w. Abstand genommen.

Rundschreiben und Statut haben folgenden Wortlaut, der selbstverständlich eben theilweise speziellen Münchener Verhältnissen angepaßt ist:

München, im Juni 1901.

An die verehrliche Meisterschaft Münchens!

Jeder Arbeitgeber wird im Laufe seiner Praxis des Oesteren den Mangel eines guten Arbeitsnachweises empfunden haben. Nicht minder dürfte das Umschauen lästig gefallen sein. Um nun hierin Abhilfe zu schaffen, wendet sich die unterzeichnete Organisation an Sie, damit durch gemeinschaftliches Zusammenarbeiten von Meistern und Gehilfen eine Regelung dieser Sache ermöglicht wird.

Als Grundlage eines geordneten Arbeitsnachweises sind von uns hauptsächlich folgende Gesichtspunkte ins Auge gefaßt worden:

1. Der Arbeitsnachweis soll, um allen Streitigkeiten und Mißtrauen vorzubeugen, gemeinschaftlich von Meistern und Gehilfen geführt werden.
2. Strikte Unparteilichkeit unter möglicher Berücksichtigung der Verwendung der vorhandenen Arbeitskräfte muß bei der Vermittlung die Richtschnur des Nachweises sein.

Wenn die Meister die Hand bieten, einen auf dieser Grundlage aufzubauenen Arbeitsnachweis zu gründen, durch materielle und moralische Unterstützung dessen Weiterführung zu garantieren, dann dürfte diese gewiß wichtige Frage einer befriedigenden Lösung entgegengehen.

Zum Vortheil für Meister und Gehilfen.

Es sei nur noch darauf hingewiesen, wie vielen Mißgriffen in Bezug auf Auswahl der Arbeitskräfte durch einen Arbeitsnachweis vorgebeugt werden kann; unliebsame Vorkommnisse, die bei dem jetzigen lästigen Umschauen in dessen Natur liegen, können dann zum großen Theil beiderseitig vermieden werden.

Die Kosten dieses Arbeitsnachweises würden sich nach vorläufiger, ziemlich genauer Schätzung wie folgt belaufen:

a) Einmalige Ausgaben:

Plakate, Zirkulare, Arbeitsvermittlungsgeld, Porto u. s. w. 50 Mk.

b) Laufende Ausgaben:

Entschädigung für den Letter des Arbeitsnachweises pro Woche 5 Mk. = pro Jahr 260
 Porto, Schreibpapier, Diveres pro Woche
 50 Pf., pro Jahr 26

Erstmalige Jahresausgabe 836 Mk.

Diese Ausgaben vermindern sich in den folgenden Jahren um die Anschaffungskosten, so daß sich eine laufende Ausgabe pro Jahr von ca. 290 Mk. ergibt. Werden diese Kosten je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmern getragen, dann würden diese Theile 145 Mk. betragen. Eine Summe, auf die Arbeitgeber Münchens vertheilt, von höchstens ca. 1,50 Mk. im Jahre für jeden Meister. Bedenkt man die Nützlichkeit dieser Einrichtung, dann fällt diese minimale Ausgabe sicher nicht ins Gewicht, umsoweniger als Arbeitgeber sehr häufig das fünf-, zehn- und mehrfache für Annoncen zum gleichen Zwecke ausgeben, ohne diesen so, wie durch einen geregelten Arbeitsnachweis zu erreichen. Bedeutende Vortheile gewährt diese Vermittlung noch dadurch, daß dieser Nachweis der Zweck eines über ganz Deutschland verbreiteten Zentralarbeitsnachweises ist.

Selbstverständlich ist es den Meistern überlassen, einen passend erscheinenden Modus der Vertheilung der Kosten pro Arbeitgeber selbst zu bestimmen.

Beiliegenden Entwurf der Bestimmungen eines Arbeitsnachweises sowohl wie auch die schätzungsweise Aufstellung der Kosten unterbreiten wir nun der wohlwollenden Begutachtung der Herren Meister und ersuchen wir, eventuelle Änderungsvorschläge möglichst bald an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Es dürfte sich wohl empfehlen, daß die Arbeitgeber in einer Zusammenkunft sich über die gemachten Vorschläge besprechen würden, um nach erfolgter Einigung die betreffenden Kommissionsmitglieder zu wählen.

Um einer unnötigen Verschleppung der Sache vorzubeugen, ersuchen wir Sie, uns bis spätestens 23. Juni Antwort zukommen lassen zu wollen.

Bestimmungen über den Arbeitsnachweis.

§ 1.

Die Arbeitsvermittlung geschieht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in jedem Einzelfalle kostenlos.

Meister wie Gehilfen verpflichten sich, das Umschauen nach Möglichkeit zu verhindern.

§ 2.

Die Ueberwachung des Arbeitsnachweises geschieht durch eine Kommission von 6 Personen, welche zu gleichen Theilen aus dem

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerhande gewählt werden. Die Art der Wahl steht jeder Korporation frei.

§ 3.

Stellenangebote sowie Stellensuchende werden in genauer Reihenfolge eingetragen und vermittelt. Die Vermittlung geschieht durch einen Arbeitnehmer.

§ 4.

Jeder Stellensuchende bekommt vom Leiter des Arbeitsnachweises eine Besätigung über seine Vormerkung. Ist eine Arbeitsstelle offen, dann wird demjenigen Stellensuchenden, welcher an der Reihe ist, insofern er für die betreffende Stelle sich eignet, ein Vermittlungsschein eingehändigt mit dem Auftrage, sofort den betreffenden Meister aufzusuchen.

§ 5.

Für den Fall, daß der Arbeitgeber den Stellensuchenden einstellt, ist vom Meister der Schein mit der Bemerkung: „eingestellt“ umgehend an den Arbeitsnachweis zurückzubringen. Im Falle der NichtEinstellung ist der Schein vom Stellensuchenden sofort an den Arbeitsnachweis zurückzubringen. Im letzteren Falle wird der Stellensuchende wie Arbeitgeber wieder an letzter Stelle in das Verzeichnis eingetragen.

§ 6.

An Meister, welche die jeweiligen zwischen Arbeitgebern und der Organisation der Gehilfen vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht anerkennen, werden keine Gehilfen vermittelt.

§ 7.

Verträge gegen die Paragraphen der Bestimmungen über den Arbeitsnachweis, welche geeignet sind, diesen zu schädigen, können den Ausschluß vom Arbeitsnachweis zur Folge haben. Ueber den Ausschluß entscheidet als erste Instanz die im § 2 genannte Kommission. Den Ausschließenen steht das Recht der Berufung an eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinschaftlich einberufene Versammlung zu.

§ 8.

Beschwerden über die Leitung des Arbeitsnachweises sind an die in § 2 bezeichnete Kommission zu richten. Dem Leiter des Arbeitsnachweises steht das Recht zu, zur Entscheidung kritischer Fragen an eine im § 7 angeführte Versammlung zu appellieren.

§ 9.

Die Kosten des Arbeitsnachweises werden zur Hälfte von den Arbeitgebern, zur Hälfte von der Organisation der Gehilfen bestritten.

Wie die Bestimmungen ergeben, ist die Parität (Gleichberechtigung) von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu Grunde gelegt.

Soll ein Arbeitsnachweis seinen wirklichen Zweck erfüllen, dann muß diese Grundlage gewählt werden. Dies ist bereits in dem Artikel „Das Umshawen“ ausgeführt.

Ich verheße wohl zu würdigen, wenn viele Kollegen das Gefühl haben, daß die Form der paritätischen Arbeitsnachweise keine „gerechte“ sei, da doch der Arbeiter der Verkäufer seiner Waare Arbeitskraft sei und somit zu bestimmen habe, wie dieser Verkauf vermittelt werden soll. Jedoch möchte ich darauf hinweisen, daß bei beratigen Abwägungen das Gefühl nicht am Schwersten in's Gewicht fallen darf, wie eben auch dort, wo es sich um Wirtschaften handelt, die „Gerechtigkeit“ eine sehr untergeordnete Rolle spielt.

Und wenn wir die Mächte: Unternehmertum und Organisation in unserem Verufe gegenseitig in die Waagschale werfen, dann können wir zufrieden sein, wenn das Säuglein auf: — paritätisch — stehen bleibt — — —!

Ohne nun zu beanspruchen, daß unser Entwurf und Vorgehen, dessen Erfolg ja erst durch die Zukunft gezeigt wird, als „Muster“ dienen soll, glaube ich durch diese Veröffentlichung der Gründung von Arbeitsnachweisen sowie dieser Frage überhaupt einen kleinen Dienst erwiesen zu haben.

G. Mauerer.

Zu nachstehende Militäreffekten-Fabrikanten

die den Tarif noch nicht anerkannt haben, wurde das weiter unten veröffentlichte Schreiben versandt:

- Schneider, Briesg.
- Böttcher, Eisleben.
- Sohn, Frankfurt.
- Siecher, Friburg.
- Knade, Sörlitz.
- Kanneberg, Hannover.
- Gausmann.
- Hohmann und Heilbronner, Kaiserslautern.
- Ritgen, Karlsruhe.
- Seld, Kirchheimbolanden.
- Bergmeier Nachf., Röhren.
- Maury, Offenbach.
- Müller.
- Gammersbach, Roldorf.
- Janßen, Strassburg.

Das Schreiben lautet:

Wir hatten vor längerer Zeit die Ehre, Ihnen einen Tarif zu übersenden, der vor dem Einigungsamte des Berliner Gewerbegerichts zwischen den Berliner Militäreffektenfabrikanten und ihren Arbeitern vereinbart wurde. Inzwischen sind dieselben Vereinbarungen zwischen den Fabrikanten von Elberfeld-Barmen und ihren Arbeitern getroffen worden, so daß an den beiden Orten, an denen die größten Geschäfte der Militäreffektenindustrie ihren Sitz haben, einheitliche Preise vertragsmäßig gegahlt werden.

Es liegt nun im Interesse der gesamten Militäreffektenindustrie, daß die übrigen Militäreffektenfabrikanten Deutschlands sich dieser Vereinbarung ebenfalls anschließen. Es würden dadurch für das ganze Produktionsgebiet einheitliche Verhältnisse geschaffen werden, was zweifellos zum Vorteil der Fabrikanten wie auch der Arbeiter dienen würde. Wir möchten Ihnen daher die ergebene Bitte unterbreiten, den in Berlin und in Elberfeld-Barmen gültigen Tarif, von dem wir Ihnen beiliegend ein Exemplar übersenden, ebenfalls anzuerkennen und die darin aufgestellten, nach den eigenen Aussagen großer Fabrikanten durchaus nicht zu hohen Akkordpreise zu zahlen.

Nachdem die größten Geschäfte der Branche die vereinbarten Akkordpreise bei ihrer Kalkulationen zu Grunde legen, kann sicher nicht mehr der Einwand erhoben werden, daß es aus Konkurrenzrücksichten unmöglich sei, unserm Wunsche nachzukommen. Daß aber ein Fabrikant die bisher gezahlten niedrigen Löhne nur deshalb beibehalten will, um durch die Ersparnisse an Arbeitslohn seine Konkurrenzkraft zu steigern, halten wir für ausgeschlossen, abgesehen davon, daß die Arbeiter sich dieses nicht gefallen lassen können und jedes Mittel anwenden werden, um einen solchen Fabrikanten zu veranlassen, dasselbe zu zahlen, was die konkurrierenden Firmen bereits zahlen.

Die Konferenz der Militäreffekten-Sattler Deutschlands, die am 10. Februar in Offenbach tagte, faßte folgenden Beschluß:

„Die Konferenz beauftragt die Tarifkommission, eine Denkschrift auszuarbeiten und an die Kriegsministerien und an die Regimenter zu versenden. In dieser Denkschrift soll darauf hingewiesen werden, daß es gelungen ist, zwischen einer Anzahl der größten Militäreffektenfabrikanten und den Arbeitern ein Übereinkommen in Bezug auf Löhne und Arbeitszeit zu erzielen. Die genannten Behörden sollen gebeten werden, bei Vergütung von Arbeiten nur solche Firmen zur Submission zuzulassen, die den vereinbarten Tarif anerkennen. Die Namen der den Tarif anerkennenden Firmen sollen in der Denkschrift angeführt werden; die Namen der den Tarif nicht anerkennenden Firmen sollen ebenfalls genannt und ihr Geschäftsgebahren genauer beleuchtet werden.“

Diese Denkschrift wird in der nächsten Zeit zur Verlesung gelangen. Wir würden uns nun sehr freuen, wenn wir auch Ihre wertige Firma als eine solche bezeichnen könnten, die den vereinbarten Tarif bezahlt. Deshalb bitten wir Sie ergebenst, uns bald Ihre Zusage zu übermitteln.

Hochachtungsvoll

(Unterschrift.)

Zur Beitragserhöhung.

Mein Fickwerk! Halbheiten haben sich noch immer bitter gerächt. Und eine Halbheit, die sehr schlecht folgen für unseren Verband zeitigen würde, wäre die Beitragserhöhung um 5 Pf. Entweder mindestens 10 Pf. oder vorläufig gar keine Erhöhung.

Kollegen! 6 Monate wurden 20 Pf. Extrabeitrag erhoben! Tausende wurden in letzter Zeit für Streiks ausgegeben. Arbeitsnachweise sollen gegründet werden! Eine kräftige, umfangreiche Agitation soll ins Leben gerufen werden!

Die Arbeitslosenunterstützung wird sich als unabweisbar über kurz oder lang uns aufdrängen!

Mit vollen Rassen wollen wir bei Beginn der künftigen guten Geschäftslage dastehen!

Kollegen! All dies mit 5 Pf. Beitragserhöhung?

Ja warum hast Du denn dies Alles nicht schon früher angeführt? Höre ich fragen. Einmal, weil die im Laufe der letzten Zeit plötzlich, vielleicht zu plötzlich ausgedrohenen Streiks nicht vorausgesehen waren; sodann sollte ja, was nun verschoben zu werden scheint, im Juli über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgestimmt werden, deren allensfallige Einführung ohnehin eine Beitragserhöhung verursacht hätte.

Wemage erweckt es den Anschein, als sei die Majorität des Ausschusses und der Vorstandschast Gegner der Arbeitslosenunterstützung. Denn wenn diese, sei es bald oder später, eingeführt wird, dann müßte, entsprechend der finanziellen Lage des Verbandes, die nicht von heute auf morgen genügend verbessert werden kann, eine weitere Beitragserhöhung eintreten. Und in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum zweimal zur Beitragserhöhung greifen, wäre sehr unrichtig, wenn nicht schädlich. Deshalb kein Fickwerk! Alle Organisationen sind gezwungen, um leistungsfähig zu bleiben, die Beiträge zu erhöhen. Auch unsere Kollegen müssen aus Zahlen gewöhnt werden.

Aus Nützlichkeitgründen empfiehlt es sich daher, 10 Pf. Beitragserhöhung einzuführen; dann kann auch mit freikem Wagen an die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, einem unserer wichtigsten Unterstützungszweige herangetreten werden. Dann können wir aber auch gefüllte Kassen bekommen und kampfesmutzig der Zukunft entgegengehen!

Also! Kein Fliedwerk!!!

G. Mauerer, München.

Friedberg i. B. In der am 22. Juni stattgefundenen Versammlung wurde in Bezug auf Erhöhung der Beiträge nach kurzer Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute am 22. Juni im Restaurant zum „Alten Schweden“ abgehaltene Mitglieder-Versammlung erkennt die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge mit Rücksicht auf die schweren Opfer der letzten Zeit, die unsere Kasse erlitten hat, vollständig an und hofft, daß der Vorschlag des Zentralvorstandes und Ausschusses allgemein Anerkennung findet, damit dieser Vorschlag baldigt zur Durchführung gelangt.“

Streiks und Lohnbewegungen.

Dessau. Wie bereits gemeldet, forderten wir einen Lohnzuschlag von 10 pSt., für Ueberstunden 20 pSt. und Sonntagsarbeit 40 pSt.

In der Versammlung am 17. Mai überreichte Herr Obermeister Euhmann unserem Vorsitzenden Schöneberg einen von der Innung verfaßten Brief, in dem die Metzler erklärten, eine Lohnaufbesserung nicht zu gewähren.

Da wir damit nicht zufrieden waren, berief Kollege Schöneberg am 21. Mai eine außerordentliche Innungsverammlung ein. Der Gesellen-Ausschuß verhandelt aber auch diesmal resultatlos, da die Metzler durchaus nicht mehr zahlen wollten.

Wir verhandelten alsdann jeder Einzelne mit seinem Metzler und erhielten alle die geforderte Zulage.

Es besteht jetzt Stundenlohn, 26 Pfg. minimal und keine Ränderung.

Wir haben dadurch wieder einen (wenn auch nur kleinen) Fortschritt zu verzeichnen.

Breslau. Der Streik bei der Firma Lippold dauert bereits die sechste Woche und hat sich zu dem entwickelt, zu was er eigentlich von Herrn Wermeister Müller in Szene gesetzt wurde. Die organisierten Hilfsarbeiter müssen aus dem Verband austreten und ein jeder neuereitrende Arbeitswillige muß sich erklären, daß er keiner Organisation angehört, noch einer solchen beitreten will. Also steht man, daß Herr M. nur seine gut eingerichteten, aber auch organisierten Arbeiter los sein wollte. Ein Stamm eingerichteter Arbeiter, aber den vielleicht kein einziger Konkurrent des Herrn Lippold verfährt, und der Herrn Lippold den Weltmarkt erobern half, wurde von Herrn M. in den Ausstand getrieben. Als voriges Jahr die Arbeit kolossal drängte, gelegentlich der China-Expedition, wurde von der Fabrikleitung den Arbeitern zugemutet, bei der großen Jubelstunde an vier Sonntagen und außerdem noch an den Werktagen früh und Abends eine Stunde länger zu arbeiten. Die Arbeiter leisteten alle ihre Kräfte daran, um den Fabrikanten nicht im Stich zu lassen. Alle Aufträge konnten prompt geliefert werden. Auf diesen Beweis von Geschäftszinteresse glaubten sich die Arbeiter berechtigt, am 1. Mai einen halben Tag spazieren gehen zu können, was zu der Maßregelung eines Kollegen führte. Ueber die Einigungsverhandlungen wurde bereits ausführlich berichtet. Zu den Abtrünnigen aus unseren Reihen haben sich noch vier hinzugesellt, die, mit einer Ausnahme, von derselben Qualität sind, wie ihre beiden Vorgänger. Wegen ihrer minderwertigen Arbeitsleistung mußten sie vom Werkführer alles über sich ergehen lassen, und nun sind sie Liebkind geworden. Zur Charakteristik dieser Herren sei erwähnt, daß sie zum großen Teil am Tage vor ihrem Anfall die Streikunterstützung noch einstrickten und außerdem bei ihren Kollegen noch Schulden hinterließen.

Die Namen derselben sind: Förster, Gneus, Paul Wolf, Dermann Straube.

Auf welche Art und Weise diese Herren zur Rückkehr zur Arbeit bewegt wurden, sei noch erwähnt. Die Hauptrolle spielt wieder Herr M., indem er den Botarbeiter der Schlosser zu verschiedenen in die Wohnung schickte und auf diese resp. die Frauen einzuwirken suchte. Mit welcher Unverschämtheit dieser Herr Fleischer dabei zu Werke ging, ist unbeschreiblich. Sogar direkte Unwahrheiten freute er aus, indem er verschiedene Ausständige mit Namen anführte, die Montag anfangen sollten. Trotzdem hat er bei mehreren Kollegen eine gehörige Abfuhr erlitten. Bei einem Arbeitswilligen war jemand direkt im Auftrage des Herrn Lippold Jun. Bei dem Arbeitswilligen G. Straube war nach dessen Angabe die Frau (!) des Werkführers M., um ihn zur Rückkehr zu bewegen. Die Ausständigen sind um eine Erfahrung reicher und gerade diejenigen, die zuerst umgefallen sind, waren teils der treibende Reiz, und ihnen konnte es nie radikal genug zugehen. Der weitaus größte Teil der übrigen Arbeitswilligen sind Elemente, die nicht einmal beim Fliedkrauer Arbeit kriegen konnten und deshalb als Kaufburschen, Arbeiter, Marktbeser u. s. w. ihr Dasein fristen mußten.

Eine weitere Unterhandlung wurde nochmals durch das Agitationskomitee mit dem Fabrikanten angeknüpft. Diesmal erhielt der Agitationsleiter eine Antwort von der Firma in Form eines Briefes. Ueber den Inhalt dieses Briefes wird in nächster Nummer ausführlich berichtet werden.

Hoffentlich erkennt Herr Lippold die Maßnahmen seines Werkführers, die nicht geeignet sind, das gute Renommee seiner Fabrik zu fördern, noch früh genug und schließt mit seinen Arbeitern einen ehrenwerten Frieden.

Innungswesen.

Der Meisterzettel. Die Durchführung des schon im Jahre 1897 erlassenen Handwerksorganisationsgesetzes nähert sich ihrem Ende. Die letzten in dieser Richtung vorgenommenen Arbeiten betreffen die Einrichtungen zur Erlangung des Meisterzittels. Bekanntlich hat das Handwerksorganisationsgesetz auch die Bestimmung getroffen, daß der Meisterzettel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks nur von Handwerkern geführt werden darf, wenn sie in ihrem Gewerbe die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erworben und die Meisterprüfung bestanden haben. Diese gesetzliche Vorschrift wird mit dem 1. Oktober des laufenden Jahres in Geltung treten.

Nützen wird diese Bestimmung keinem Menschen; dem Kunden wird es vollkommen gleichgültig sein, ob derjenige, der ihm seine Waare liefert, den Titel Sattler oder Sattlermeister führt. Ueber diese Titularsachen ist man denn doch hinaus.

Rechtsprechung.

Eine **Kellerverammlung ist keine Kollekte**, hat jetzt das Kammergericht gegenüber seinem früheren Standpunkte entschieden. Der Vorsitzende einer Volksversammlung in Gleiberg, welcher am Schluß derselben einen Keller stillschweigend vor sich auf dem Tische aufgestellt hatte, in dem die Teilnehmer der Versammlung beim Vorbeigehen freiwillig Beiträge legten, war wegen unbefugter Veranstaltung einer der behördlichen Genehmigung bedürftigen Kollekte angeklagt worden. Das Berufungsgericht sprach jedoch den Angeklagten frei, weil er die Geber nicht zur Hergabe von Geld aufgefordert habe und nicht zu ihnen in direkte persönliche Beziehung getreten sei. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und der Oberstaatsanwalt am Kammergericht machte zu deren Begründung geltend, es sei durch das bloße Aufstellen des Tellers an die Geber herangetreten, wenn auch nur durch eine konkludente Handlung. Eine solche genüge. Für den Angeklagten trat Rechtsanwält Dr. Viehnecht dieser Auffassung entgegen. Der Straßenrat des Kammergerichts verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Zum Begriff der Kollekte gehöre eine Einwirkung von Person zu Person durch ein Angehen der Geber. Ein solches sei nicht dadurch erfolgt, daß der Angeklagte den Keller schweigend auf den Tisch stellte. — Zur Genehmigung der Veranstaltung oder Ausführung öffentlicher Kollekten seien die Oberpräsidenten zuständig. Ihre Zuständigkeit folge aus § 11 Nr. 4 der Instruktion vom 31. Dezember 1825, wonach der Oberpräsidenten überwiesen sei: die Genehmigung zur „Ausführung“ öffentlicher Kollekten mit Ausnahme der Kirchenkollekten. Auch in dieser Instruktion werde der Begriff „öffentlicher Kollekte“ nur in dem schon gedachten Sinne gebraucht. Darauf deute das Wort „Ausführen“ hin, sowie der Zusammenhang mit den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts. Aus den entsprechenden Vorschriften des Landrechts gehe wieder hervor, daß diese nur Hauskollekten meinten. Das Kammergericht sei jetzt zu der Ansicht gekommen, daß Kellerverfassungen in Versammlungen überhaupt keine Kollekte seien, die der Genehmigung des Oberpräsidenten bedürften. Das Kammergericht hat somit seinen langjährigen entgegengesetzten Standpunkt endlich aufgegeben.

Eingefandt.

Liebe Reutlinger!

Verurteilt zu werden ist hart!
Unschuldigt verurteilt zu werden — s e r e d l i c h !
Leichter erträgt man nun glücklicher Weise ein Urteil in Abwesenheit.

Und ebenfalls glücklicher Weise hat Sassenbach bezüglich meiner Agitationskreise nichts Unrechtes getan.

Sintemalen Zentralvorsitzende nie etwas Unrechtes thun.
Wenn ich in Reutlingen auf meiner Tour keinen Vortrag hielt, so waren es nicht die schwarzen Gedanken böser Absicht, sondern die Unvollkommenheit aller irdischen Dinge, in diesem Falle der böse Zwang, zu einer bestimmten Zeit mehrwertigergehend in die mir so lieb gewonnenen Hallen meiner Wube zurückkehren zu müssen.

Donnerstags geschädigter Profitwuth wurden mir bei meiner Rückkehr ohnehin entgegengeschleudert, da ich armseliger Mensch es gewagt hatte, mich einen Tag länger als die Gottheit Kapital

durch ihren ausbeutenden Diener es mir gestattet hatte, hehend in den herrlichen Gefilden Sächsischlands herumzuziehen.

Sollten jedoch meine lieben Kollegen in Reulingen mir nicht Gnade widerfahren lassen und unbedingt in ihrer persönlichen Gewalt mich haben wollen.

Furchtlos stelle ich mich und gern — zu einem Vortrag! —
Besten Gruß

G. Mauerer, München.

Verband der Sattler und verm. Berufsge nossen.

Mittheilung.

Auf Beschluß des Zentralvorstandes wird Unterzeichneter Anfang August eine Agitationsreise nach dem Norden antreten. Es war in Aussicht genommen, an folgenden Orten Versammlungen abzuhalten: Magdeburg, Braunschweig, Hannover, Oldenburg, Bremerhaven, Bremen, Hamburg, Neumünster, Schleswig, Flensburg, Hadersleben, Kiel, Lübeck, Schwerin, Güstrow, Rostock, Stralsund. Von Rostock, Hadersleben, Schleswig und Neumünster liegen bereits Antragsorten der dortigen Gewerkschaftskartelle vor, daß eine Versammlung absolut zwecklos sei. Lübeck spricht sich dahin aus, daß bei der geringen Zahl der dortigen Gehilfen eine Verwaltungsstelle nicht bestehen könne.

Sollte noch der eine oder andere Ort übersehen sein, an dem genügend Kollegen vorhanden sind, um eine Verwaltungsstelle zu halten, so wird um Mittheilung gebeten, damit diese Orte eingeschoben werden können.

Die nachstehenden Verwaltungsstellen werden gebeten, an den hier bezeichneten Tagen Versammlungen einzuberufen:

Magdeburg:	Sonnabend, 3. August
Braunschweig:	Sonntag, 4. August
Hannover:	Montag, 5. August
Bremen:	Dienstag, 6. August
Bremerhaven:	Mittwoch, 7. August
Oldenburg:	Donnerstag, 8. August
Hamburg:	Sonabend, 10. August.

Die weiteren Tage können erst festgestellt werden, nachdem die übrigen Orte ihre Wünsche geäußert haben.

Joh. Sassenbach.

Bekanntmachung.

Da die Abrechnung über das I. Quartal in nächster Nummer auf jeden Fall gebracht wird, so werden die noch rückständigen Verwaltungsstellen dringend ersucht, ihre Abrechnung sofort einzusenden.

Der Vorstand.

J. A. Joh. Sassenbach.

Bekanntmachung.

Am Sonntag, den 4. August unternehmen die Filialen Mannheim, Offenbach, Oberrad und Worms einen Bezirksausflug nach Eidenfels im Odenwald. Diejenigen Mitglieder, sowie etwaige Einzelmitglieder, welche Lust haben, sich an dem Ausflug zu beteiligen, wollen sich an die betreffenden Filialen oder an Ernst Pflieger, Mannheim, Galenstraße 44, sowie an Karl Holler, Offenbach, Lammstraße 19 III wenden, welche gerne weitere Auskunft erteilen.

Abrechnung vom 12 bis 26. Juni 1901.

Einsendungen von Verwaltungsstellen: Magdeburg 65,06, Hamburg II 20,— M. Summa 85,06 M.

Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern: A. Stillefried-Ringen 0,50, W. Piepenhainer-Ginzel 0,50, (W. Triefel 0,50, A. Ziefing 0,50, Göttingen), D. Stobbe-Friedeberg R. M. 0,50 M. Summa 2,50 M.

Beiträge von Einzelmitgliedern: J. Stiegemann-Konstanz 1,—, F. Brandt-Diesloch 2,—, A. Stillefried-Ringen 2,40, A. Stienen-Mittelnberg 5,80, G. Kron-Neuna 6,—, W. Radloff-Springe 2,40, G. Schäfer-Neumünster 2,40, W. Schenel-Obbels 8,—, A. Naumann-Jehbent 1,20, F. Ströb-Welting 1,80, W. Piepenhainer-Ginzel 1,—, (W. Triefel 0,60, A. Ziefing 0,60, Göttingen), D. Stobbe-Friedeberg R. M. 1,—, G. Hausen-Tostlund 8,20, D. Beckmann-Beckhoff 5,—, R. Müller-Sonderburg 5,—, J. Salwiczek-Wollstein 8,20, D. Voller-Reyenburg 2,—, R. Jacobowski-Beckenhofel 2,—, A. Albrink-Bossen 2,— M. Summa 58,60 M.

Für die im Streit gewesenen Militärsattler in Eiberfeld: Waagen 4,55, Karlsruhe 27,15, Berlin II 21,70, Mannheim 6,10, Kiel 5,40, Berlin IV 1,— M. Summa 67,90 M.

Zur Weiterbeförderung nach Dresden: Brandenburg 10,80, Charlottenburg 4,05 M. Summa 14,85 M.

Georg Standke, Hauptkassier.

Berlin SO.

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

Mittheilungen der Agitations-Komitees.

Da ich zum Obmann des Agitationskomitees für Baden-Süd bestimmt worden bin, möchte ich bitten, daß die Einzelmitglieder unseres Bezirks ihre Adressen an mich gelangen lassen.

Mit Gruß

Wilh. Schäge, Karlsruhe,
Wielandstraße 32, IV.

Frankfurt a. M. Am 19. Juni tagte unsere regelmäßige, gut besuchte Mitgliederversammlung. Es wurden für die streikenden Kollegen in Dresden 30 M. aus der Lokalkasse bewilligt. Zum 2. Punkt: „Protest gegen den vom Zentralvorstand und Ausschuss gefassten Beschluß, betreffend des den Filialen zustehenden Drittels“ kam es zur regen Debatte. Es wurde ausgeführt, daß die Zentralleitung keineswegs befugt sei, solche Änderungen vorzunehmen. Denn nur als solche können die Bestimmungen über Paragraph 15 unseres Statuts betrachtet werden und nicht als Erklärung. Es sei unbedingt nötig, daß die Filialen für Unterhaltungszwecke einen Lokalfonds haben und erhalten. Es wendete sich ein Kollege gegen die Ausführungen, indem er dem Zentralvorstand das Recht zusagte, über übrig bleibende Gelder des Drittels zu verfügen. Kollege Busse schlug der Versammlung folgende Resolution vor:

Die heutige Mitgliederversammlung erwidert in der in Nr. 5 unserer Zeitung vom 9. März d. J. vom Zentralvorstand und Ausschuss gegebenen Bekanntmachung eine bedeutende Kürzung des Verwaltungsrechtes der Filialen. Ueberhaupt steht sie hierin keine Erklärung, sondern einen Zusatz zu § 15 unseres Statuts. Die Verwaltung Frankfurt erklärt sich mit diesem Beschluß nicht einverstanden, sondern wird nach wie vor genau nach dem Statut handeln und fordert alle Filialen hiermit auf, zu dieser Sache Stellung zu nehmen.

Die Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen. Ein Zusatzantrag des Koll. Dorn, den Zentralvorstand zu beauftragen, eine Urabstimmung vorzunehmen betreffs Regelung der Sache, wurde abgelehnt, da doch hoffentlich der Zentralvorstand wissen wird, was er zu thun und zu lassen hat.

Frankfurt a. M. Am 9. d. M. fand eine ziemlich gut besuchte Versammlung statt, welche durch den Mitgefallenen vom Gesellenauschuss einberufen wurde. U. a. war auch der Obermeister Franke von der hiesigen Sattler-Zunftung anwesend. Bevor zur Tagesordnung geschritten wurde, gab der Vorsitzende, Kollege Jähndrich, bekannt, daß Kollege Standke aus Berlin erschienen wäre, um der Versammlung beizuwohnen, und betonte zugleich, daß er nicht allein berechtigt wäre, einen fremden Kollegen einzuführen, bevor es nicht vom Gesellenauschuss gestattet sei. Kollege Standke wurde aber mit größter Freude von den hiesigen Kollegen empfangen, besonders von denen der Filiale des Verbandes. Hierauf hat der Vorsitzende vom Gesellenauschuss den Koll. Standke, ihm und den anderen Anwesenden etwas von dem Berliner Zwangsbündnis, Gesellenauschuss sowie Lehrlingswesen zu unterbreiten. Kollege Standke kam diesem Wunsch nach, indem er immer auf die Notwendigkeit einer fest aufgebauten Organisation hinwies und den Zweck und Nutzen derselben klarlegte. Er feuerte die fernstehenden Kollegen an, sich der Organisation anzuschließen und mit größtem Eifer für Stärkung der Frankfurter Filiale zu agitieren, worauf sich auch vier fernstehende Kollegen in den Verband aufnehmen ließen.

Friedberg. Am 10. Juni tagte im Restaurant zum „alten Schweden“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, wobei die Kollegen vollzählig erschienen waren. In der Zwischenzeit vom 25. Mai bis 10. Juni ließen sich drei Kollegen in unserem Verband aufnehmen und haben wir auch guten Mut, die Organisation im hiesigen Orte weiter auszubauen. Leider war es unserm Vorsitzenden nicht lange vergönnt, die Filiale weiter zu leiten, da er wegen Lohnsdifferenzen plötzlich abreiste. Es wurde in der heutigen Versammlung Ersatz gewählt. Es wurden als 1. Vorsitzender Koll. Schumacher und als 2. Vorsitzender Koll. Böttcher gewählt. Wir haben auch eine ständige Lohnkommission gewählt, welche die Interessen sämtlicher Kollegen der Firma gegenüber vertreten wird. Ferner wurde vom Vorsitzenden die Frage vorgelegt: „Wie stellen wir uns zur Gründung einer Lokalkasse?“ Dies wurde nach langer Debatte dahingehend erledigt, daß hierzu erst Ratsschlüsse vom Zentralvorstand eingeholt und dann auf die Tagesordnung einer der nächsten Versammlungen gesetzt werden sollen. Auch beschäftigten wir uns mit dem Agitationskomitee in Verbindung zu setzen, um dann in unserer Umgegend die Agitation mit Erfolg betreiben zu können.

Mannheim. Am 18. Mai fand im Bremer-Café unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt.

Auf der Tagesordnung stand als 3. Punkt, Antrag. Es wurde ein solcher von Seiten des Vorstandes auf Wunsch empfohlen. Die Kollegen waren dann auch einverstanden; unter

verschiedenen vorgeschlagenen Ausflugsorten entschloß man sich für „Eibenfels“ im Odenwald. Auf Anregung des 1. Vorsitzenden wurden die Filialen Darmstadt, Frankfurt a. Main, Offenbach und Worms eingeladen, sich an demselben zu beteiligen, wodurch die Hoffnung auf ein großes Rendezvous vorhanden ist und einige frohe Erholungsgstunden zu erwarten sind. Zur Arrangierung des Ausfluges wurde eine 3gliedrige Kommission gewählt, die Kollegen Kaufmann, Pflieger und Pain.

Bei Verschieberem wurde eine Beschwerde laut, weil unsere Kritik, z. B. der letzte, wieder nicht in die Zeitung kam, und möchten die Kollegen wissen, woran die Schuld liegt.

Unter Verlauf der Debatte lief eine Frage ein, welche folgenden Wortlaut hat: Frage bei den Kollegen an, ob sie das Verhalten des Zentralvorstandes gerechtfertigt finden, daß er verschiedene unserer Zeitungsartikel nicht beachtet, dieselben vielmehr in den Papierkorb wirft, und nicht einmal eine kleine Bemerkung in der Zeitung bringt, warum er diese nicht in die Zeitung giebt. Die Versammlung war von 26 Kollegen besucht.

Vermischtes.

Wozu die Fortbildungsschule dient, darüber ist in der Deutschen Schloßzeitung Folgendes zu lesen: „In einer westfälischen Mittelstadt hatten sich kürzlich die Stellmacher, Schmiede, Sattler, Klempner und andere Handwerker zusammengesetzt, um vom Magistrat eine Unterstützung für die dortige Fortbildungsschule zu erlangen. Der Magistrat war auch bereit, dem Gesuche stattzugeben, mußte die Angelegenheit aber der Gemeindevertretung unterbreiten. Hier nun beantragte eine geschlossene Arbeitsgruppe der Stadtäter, die Vorlage kurzer Hand abzuweisen, und zwar aus folgenden Gründen, die gewiß würdig sind, der Mit- und Nachwelt überliefert zu werden: 1. Es sei nicht gut, wenn alle Handwerker gar jubelnd lernten, es wolle nachher Niemand mehr arbeiten, und Arbeiter müßten man doch behalten; 2. der preussische Staat gehe noch an der Bildung seiner Bürger zu Grunde; 3. die gewerblichen Fortbildungsschulen züchteten Sozialdemokraten; 4. die dort erworbene Bildung komme der Sozialdemokratie zu Gute; 5. eine Tracht Prügel mit dem Ende einer Dachlatte sei den Lehrlingen besser als der Besuch einer Fortbildungsschule; 6. man müsse die Bewilligung der notwendigen Mittel ablehnen, damit man „oben“ auch merke, wie man in der Bürgerschaft über solche Schulen denke.“ — Dieses Zeugnis von geistiger Impotenz und Unbesonnenheit, welches sich die Vertreter dieser westfälischen Mittelstadt ausstellen, geht noch über das, welches sich die weiland Schuppenstebler ausgestellt haben. Es muß auch solche Käuze geben! —

Bücherschau.

(Besprechung vorbehalten.)

Arbeiter-Sekretariat Bremen und Umgebung. 1. Jahresbericht nebst Berichten über die Gewerkschaftsorganisationen, Lohnkämpfe 1900.

Arbeiter-Sekretariat Nürnberg. Haushaltungs-Rechnungen Nürnberger Lohnarbeiter.

Arbeiter-Sekretariat Stuttgart. Vierter Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1900, Stuttgart, Gewerkschaften Stuttgart.

Fabel, A. Christentum und Sozialismus. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 10 Pfg.

Fendit, Adolf. Fort mit den Getreideböllen. Posen, Joseph Bogowski.

Franz, Adolf. Zum Achtstundentag. Historisches und Agitationsbuch über Arbeiterschutz und Achtstundentag. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 20 Pfg.

Franz, Lily. Frauenarbeit und Hauswirtschaft. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 20 Pfg.

Frennig, Ernst. Malicier, sozialis Drama in drei Akten. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 1 M.

Gutheil, Johannes, Rudolf. Die einfache Buchführung. Berlin, Gubitz.

Hager, Eugen. Die Papier-Industrie. Berlin.

Haukht, Paul. Handelspolitik und Sozialdemokratie, populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

Dr. Lehmann, M. Auf zum Kampf gegen die Karaxer und Böllner. Ein Vorschlag zur Beseitigung des Protektionismus in Deutschland. Berlin-Friedrichshagen, Verlagshaus für Volksliteratur. 20 Pfg.

Lüttich, J. Das Leipziger Gewerkschaftskartell. Die Entwicklung und wirtschaftlichen Kämpfe der Leipziger Gewerkschaften. Leipzig, Leipziger Volkszeitung.

Opinski, Max. Merkwürdigkeiten über das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag. Leipzig, Max Opinski. 10 Pfg.

Preussing, Ernst. Der verlorene Sohn, in einem Aufzuge. Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

Steinshwider, Max. Die Grundlagen unserer Organisation. Nach einer Rede gehalten in der Generalversammlung des Berliner Konsumvereins am 24. Februar 1901. Den Mitgliedern des Vereins gewidmet. Berlin, Genossenschafts-Blotter.

Berichtigung.

Wie bereits in Nr. 12 unserer Zeitung zu ersehen, war der Versammlungsbericht der Filiale IV Berlin einigen Druckfehlern unterworfen; diesem letzteren gemäß bringe ich nachstehende Berichtigung: „Es wurden insgesamt 2974,20 M. gesammelt auf Listen, des Weiteren wurden 1500 M. aus der Lokalkasse genommen, ergibt eine Gesamtsumme von 4474,20 M. Unter Punkt Verschiedenes betrifft des Dresdener Streiks nahm Kollege S aß das Wort.“
Hermann Krüger
Schriftführer.

Adressen und Verkehrslokale.

I. Verband der Sattler und verwandten Berufsgenossen.

B. — Bevollmächtigter. K. — Kassier. V. — Verkehrslokal.

Die Reise-Unterstützung wird bei den durch lateinische Lettern kenntlich gemachten Mitgliedern der Ortsverwaltung oder im Verkehrslokal ausgezahlt. Verwaltungsstellen mit einem vorgebrachten \blacksquare zahlen keine Reise-Unterstützung aus.

Zentralvorstand: Vorsitzender **Johann Gatzschbach**, Berlin SO., Engel-Ufer 15. Hauptkassier: **Georg Stankke**, Berlin SO., Engel-Ufer 15.

Ausschuß: Vorsitzender **Peter Sium**, Berlin, Albalberstr. 60. Quergeb. 4 Cr.

Verwaltungsstellen:

- \blacksquare **Barmen.** B. Etto Kollmar, Unterdenersr. 71 A. K. Adolf Klein, Ahornstraße 31. V. Gopsenbäcker, Parlamentstraße.
- \blacksquare **Bauhin.** K. Bruno Gausler.
- \blacksquare **Bayreuth.** K. Job. Neufam, Diejenstr. 4. V. Fritz Wörl, Centralhalle.
- \blacksquare **Berlin I (Zentrum).** B. Albert Hoffmann, Schindlerstr. 51. K. Peter Blum, Albalberstr. 60, Quergeb. 4 Cr. V. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
- \blacksquare **Berlin II (Credemienarbeiter).** B. Hermann Werner, Mantelstr. 20. B. II. K. Emil Sinner, Vorstr. 11, 2 Cr.
- \blacksquare **Berlin III (Sattler und Hofsattler).** B. Gustav Kmann, Prinzessinnenstraße 31, II. K. Wilhelm Stöcker, Mariannenstr. 20, III. V. Karl Kötterberg, Albalberstr. 62.
- \blacksquare **Berlin IV (Militär-Sattler).** B. Rich. Gackelbusch, Cuvyrstr. 18. K. H. Pflüger-Brandt, Ackerstr. 137.
- \blacksquare **Berlin V (Kleintumler und Teppichnäher).** B. Gustav Seydel, Weidenweg 64.
- \blacksquare **K. Otto Ditt,** Wilmersdorf, Pfalzburgerstraße 67.
- \blacksquare **Berlin VI.** B. Hermann Paupner, Stubenrauchstr. 12. K. Paul Conrad, Schillingstr. 7.
- \blacksquare **Bielefeld.** B. Ferd. Weß, Bürgerweg 88. K. Gohndolt, Gatersloherstraße 31.
- \blacksquare **Bismarck.** B. G. Weber, Jofestr. 19, 1 Cr. K. G. Ritter, V. Restaurant Vogel, Wilhelmstraße.
- \blacksquare **Brandenburg a. H.** B. Emil Adam, Kurstr. 51. K. Rich. Grunke, Brielowerstraße 4. V. Gackelbusch zur Mühle, Wollenweberstr. 3.
- \blacksquare **Braunschweig.** B. Wilh. Kunge, Eydienmarkt 7, III. K. Sebastian Wiskoller, Bergstr. 15. I. V. Gewerkschaftshaus, Werderstr. 32 (12-1).
- \blacksquare **Bremen.** B. D. Hagmeister, Deich 41. K. A. Peilker, Jakobstr. 29 a. V. Spiker, Langstr. 12.
- \blacksquare **Bremen.** B. Fritz Ebert, Kaufstr. 63. K. Otto Günther, Weizenkampstr. 68 (12-1, halb 8 bis halb 9, Sonnt. 12-2). V. Gander, Starckenstraße.
- \blacksquare **Breslau.** B. Wilhelm Matern, Nachstr. 17. Arbeitsnachweis und Reise-Unterstützung bei Karl Lux, Bahnh. 49. Mittags von 12-1 Uhr, Abends von 6 bis halb 8 Uhr. V. Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17.
- \blacksquare **Bromberg.** B. Puchaldt, Neuhöfstr. 46 a. K. Wiegemeier, Friedrichstr. 32.
- \blacksquare **Charlottenburg.** Vorsitzender **H. G. Cauerstr.** 28. K. A. Finzelberg, Wallstraße 14. V. Wallstr. 90 bei Eduard Börs.
- \blacksquare **Chemnitz.** Deitrammann: August Brand, Lannenstr. 7, III. V. Stadt Weissen, Hochherstraße 8.
- \blacksquare **Danzig.** B. H. Pank, Langfuhr, Hauptstr. 41.
- \blacksquare **Dessau.** B. K. Söhnberg, Leipzigerstr. 23 b. K. M. Klemenz, Alten, Köhlererstraße 16.
- \blacksquare **Dortmund.** B. Boldt, K. 2. Wölffe, Jakobstr. 28, II. Verkehrslokal: Jankowahl, Dorenstraße 22 (8-9).
- \blacksquare **Dresden.** Deitrammann: Paul Scholz, Dörerstr. 80, 4 Cr. (halb 8 bis halb 9). V. Vitznauer Hof, Schreibergasse 18.
- \blacksquare **Dresden II.** (Militär-Sattler.) B. Ernst Siegemund, N., Maunstr. 17, Hof III. K. Förtel.
- \blacksquare **Eisleben.** B. Hermann Weisner, Lutherstr. 31. K. O. Schabert, Sangerhäuserstraße 39, 2 Cr. (12-1, 7-8, Sonnt. 8-1). V. Thüringer Hof.
- \blacksquare **Eisenberg.** B. Wilh. Bernweil, Karmapstr. 9, III. K. Wessell, Grundheilstr. 76, III. V. Zentralverleihe der Gewerkschaften, Gr. Klopahn 26. Reise-Unterstützung bei Werner Schütz, Kottensstraße 112.
- \blacksquare **Hamburg.** B. Ernst Haseloff, Holm 9. K. Fr. Looshardt, Plantenmarkt 14, 5, II. (12-1, 7-8). V. Zentralverleihe von Kraft, Harrisstraße.
- \blacksquare **Herau.** K. Paul Schmidt, Neustadt, Heidestraße 4.
- \blacksquare **Hirschberg a. N.** B. Otto Basse, Obermarkt 18, 3 Cr. K. W. Garitzsch, Leibnizstr. 11, III. V. „Selanger Hof“, Bornegasse 11. (7-8 Uhr, Sonntags 12-1 Uhr).
- \blacksquare **Frankfurt a. M.** B. Karl Söhnlein, Bergstr. 65. K. Ernst Deutloff, Große Mühlentstr. 75.
- \blacksquare **Friedberg i. H.** B. Hans Schumacher, Engelgasse 4. K. C. Zug.
- \blacksquare **Grätz.** B. F. Weinholt, Landstronfr. 7, 2 Cr. K. Pöggel, Moys. V. Stadt Hamburg, Ober Steinweg 7.
- \blacksquare **Guben.** Reise-Unterstützung bei J. Zampa, Hindelplatz 13.
- \blacksquare **Halle.** B. G. Nauenstein, Al. Sandberg 5, II. (7-8). K. Friedrich Wehahn, Leipzigerstraße 18, Hof III. V. „Friedrich Berg“, Liebenaustr. 6, am Rennischen Platz.
- \blacksquare **Hamburg I.** B. M. Gollkämper, St. Pauli, Grandenstr. 10, Haus 3, III. K. Julius Winkhoff, Altona, Lorenzstr. 28, IV. V. von Salzen, Caffamacherreihe 16-17.
- \blacksquare **Hamburg II.** (Credemienarbeiter.) B. Paul Reichel, Altona-Stellingen, Bassestr. 123, 1 Cr. K. Friedrich Häber, Neumannstr. 22, III.
- \blacksquare **Hannover.** B. Max Thomas, Brandstr. 7, II. (7-8, Sonnt. 11-12). K. Carl Meyer, Gartenstr. 11, I. V. Fritz Wörl, Schillerstr. 4.
- \blacksquare **Hamburg.** B. a. K. P. Lange, I. Wilsdorferstr. 76 a. V. G. Köfer, Eibenstr. 9.
- \blacksquare **Hann.** B. Bauerwald, K. Tittel, V. Köhler, Wagnersgasse.
- \blacksquare **Halle.** B. H. Beck, Werderstr. 26, 3 Cr. K. 2. Ernst, Frankfurtstraße 61, 2 Cr. V. C. Damm, Graden 60.
- \blacksquare **Hausdorferstr.** Georg Endes, Kleberstr. 3 II. K. Richard Wöhl, Sackstr. 8 a. V. Gackelbusch zur Neuen Welt, Eda Meißel- und Klopahnstr.
- \blacksquare **Hildesheim.** B. G. Wink, Schöndr. 84. K. Franz Korschard, Wollstr. 20 (6-7). Verkehrslokal: „Zum Storch“, Gartenstraße.

Hiel. B. H. Krüger, Ederförder Chaussee 36a. K. E. Petersen, Knopweg 176 I. V. Samø, Janstr. 44. Reife-Unterstützung bei C. Sasso, Friedrichstr. 33, 3 Tr. **Reburg.** B. A. Schaefer, (12-1, 7-8), Inberggasse 4. K. Max Gans, Gerbergasse 8. V. Restauration Möller, Seifertshof. **Reiberg.** B. O. Kreichel, Schmiebefr. 28a, 1 Tr. V. Restaurant Wüggenburg, Hauptst. 14. **Rein.** B. Hof Wenz, Ehrenfeld, Köpfer 8. H. K. Karl Schneider, Ehrenfeld, Hofheimsstr. 16, II. V. Imhof, Oerlangraben (7-8). **Reinhold.** B. S. Brade, Blücherstr. 14, Aufg. 3, 1 Tr. V. Keller, Körtelstr. 3. **Reipzig I.** B. Otto Kette, Söhlis, Kindenhofstr. 8. K. Oskar Berger, Lindenau, Georgstr. 4, I (halb 1 bis 1, 7 bis halb 8). V. Müller, Matthäikirchhof 29. **Reipzig II.** (Einzelmitglieder.) Vertrauensmann Bertold, Pfaffenborstestr. 20 Hof II. **Magdeburg.** B. Paul Krüger, Leipzigerstr. 2, Hof 2 Tr. K. Otto Schröder, Sudeu, Gärtnerstr. 10 V. Burgalle, Tischlerstr. 28. Reife-Unterstützung bei Otto Lauemann, Branderburgerstr. 2a, Hof I (7-8, Sonnt. 12-1). **Magdeburg.** B. Krausch, Stadthausstr. 8. K. Krieger, Eisgrubweg Nr. 1. V. Stadt Worma, Rosstrapfegasse (7-8, Sonnt. 12-1). **Mannheim.** B. Friedrich Fenster, 2. Querstr. 26, II. Reife-Unterstützung bei Paul Letzner, T 8 Nr. 16, 3 Tr. (12-1, 7-8). K. Albert Müller, Q. 4, Nr. 7, 3 Tr. V. Weisbes Stamm, H. 1, Nr. 4. **Merseburg.** B. Fritz Köndede, Haarwand 70. K. Karl Hofmann, Danfriederstraße 69, 12-1, 7-8. V. Zentralbehörde, Amnenstraße. **Mühlheim a. Ruhr.** B. Jakob Keschel, Brotch, Rathhausstr. 16. K. Van Bertler, Kotteweg 56. Reife-Unterstützung: Karl Otromba, Noweg 56. V. Kirchhöfer, Köpfer 16. **München.** B. Wilhelm Göttinger, Amalienstr. 21, Mittelbau. I. L. K. Basentin, Fabliker, Parfir. 2. V. Zentralbehörde, Singelstraße. 6. Reife-Unterstützung bei Ludwig Braun, Augustenstr. 80, 4 Tr. (12-1, 6-8). **Münster.** B. Ludwig Stierhöfer, Nürnberg-Mägdeborf, Hauptstr. 222. K. Konrad Andree, Birgelgasse 12, Gth. V. Zur goldenen Krone, von 5. Eichhorn, Bruggasse. **Offenbach.** B. Michael Wurm. K. Adam Braun, Molliestr. 68, part. V. Gewerkschaftshaus, Austra. 26. **Oidensburg.** B. Fr. Berner, Bergstr. 6. K. P. Rühlung, Kurwidstr. 28. V. O. Währkamp, Kurwidstraße. (12-1). **Oldenburg.** B. H. Krump, Frankfurtstr. 146. K. Konrad Meub, Bleiweggasse 26. **Oppeln.** B. Ludwig Smolinski, Alter Markt 100. K. Hof. Wogowski, Grünstr. 7. **Ostham.** B. Gustav Kange, Reusenborf, Priefenstr. 46. K. Robert Zellmann, Wammonstr. 7, 2 Tr. V. Bläser, Branderburger Kommunikation. **Passau.** B. Müller I, Weingärtnerstraße 16, 2 Tr. (1/2-7-9, Sonntags 11-12), K. Karl Kall, Pfüllingen. **Regensburg.** B. Aug. Greger, Fichlerstr. 8, 3 Tr. K. Rappmann, Kantstr. 8. **Reinburg.** B. Raver Krampp, Järicherstr. 28 III. K. O. Helm, Steinstr. 49 II. V. A. G. W. Centralbehörde, Alte Kormgasse 1. **Reinhold.** K. Reinhold Wilner, Säntherstr. 22. V. Zum goldenen Speyer, Kirchstraße. **Reinhold.** B. Karl Köpfer, Forststraße 11a, part. K. Anton Gantzer, Kantstr. 23, L. V. Stuttgarter Gewerkschaftshaus, Chillingstr. 17-18. Reife-Unterstützung bei Hermann Wernig, Alexanderstr. 54, 1 Tr. (12-1, 7-8). **Reinhold.** B. Max August, Köpfer 15. K. Th. Rogat, Katernenstr. 27 II. **Reinhold.** B. Oskar Krampe, Gr. Wulfstraße 44. K. Richard Köhn, Kleiner Sand 69. (12-1, 6-7). V. Otto Wacker, Gr. Sand 105. **Reinhold.** B. K. Eugen Conrad Neu-Ulm, Augsburgstr. 31, 2 Tr. V. Deutscher Kaiser, Judenbof. Reife-Unterstützung: Gasthof zur Stadt Lindau, Neu-Ulm. (12-1, 7-9). **Reinholdenburg I.** Sch. K. Hermann Händler, Ober-Waldenburg Nr. 6. V. Gasthof zur Sonne, Austraße. **Reinhold.** K. Schäfer, Särberggasse 17. V. Gewerkschaftshaus, Mainzerstraße.

II. Vorerbeit der Sattler, Läscher und Kleiner Lederer

Arbeitsvermittlung: Montag, Mittwoch und Samstag im Vereinslokal VI, Mariahilferstraße 13 (H. Kuffner's Restauration). Reife-Unterstützung beim Arbeitsvermittler Josef Schwab, VI, Hofengasse 12 (12-1 und 6-7 Uhr). **Weg.** V. Griesgasse 17, Gasthaus zum goldenen Löwen. Zusammenkunft jeden Sonntag von 9 Uhr Vorm. an Arbeitsvermittlung: Johann Wida, Schönauerstraße 26 (7-8 Uhr Abends). Reife-Unterstützung beim Kassierer Lorenz Bauer, Karlsruherplatz 9 (12-1 Uhr Mittags und 7-8 Uhr Abends). **Weg.** V. Gasthaus „zum goldenen Schlüssel“, Königshoferstraße. Zusammenkunft: Samstag Abends und Sonntag Vormittags. **Weg.** V. Homengasse 17, Köpfer's Gasthaus. Zusammenkunft jeden Samstag von 7 Uhr an. Reife-Unterstützung wird gesucht: An Wochentagen von 7 Uhr früh bis 6 Uhr Abends in Hefel's Lederfabrik, und an Sonntagen bei Franz Hrad in dessen Wohnung: Hingasse 2. **Weg.** V. Götterstraße, Festungsgasse 4. Reife-Unterstützung: Salzborn's Gasthof, zum Steinort, Steingasse (Erberge). **Weg.** V. J. L. L. L. L. Zusammenkunft: Sonntag Vormittags. Reife-Unterstützung im Vereinslokal. **Weg.** V. Vereinshaus, Johannesgasse 8, Vereinsabend jeden Samstag von halb 8 Uhr an. Reife-Unterstützung dort erhältlich. **Weg.** V. Gastwirtschaft des Gewerkschaftsvereins. Burggasse 14.

III. Arbeit

Reife-Unterstützung im Verkehrslokal Unionhaus, Zeughausgasse 2. **Weg.** Reife-Unterstützung bei Ed. Nutter, Strellgasse 27 (12 bis halb 2, halb 7 bis halb 8). V. Restaurant zum Säbringer, Säbringerstr. 10, 3. I.

IV. Sadelmager og Tapetserer Forbund i Danmark, Sverrig og Norge.

Rejseljaelp udbetales og Arbejde anvises om saadant findes folgende Steder.

København. J. P. Jönson, Oehlenschlägersgade 23, 3. V. Kontortid 12-2 og 7-8. **København.** P. Nielsen, Udr. D. Bobholdt. **København.** S. B. Jensen, Aldersfrøst, Herrestræde. **København.** Paul Petersen, Udr. Klauen. **København.** Chr. Rasmussen, Kogevej 27. **København.** P. Petersen, Sundevej 27. **København.** J. Johansen, Sommerlyst. **København.** H. A. Tønneren, Kassefundet 18. **København.** K. Hansen, Ny Oestergade. **København.** P. M. Mariager, Raadhusstræde. Afholdshjemmet. **København.** N. Chr. Andersen, St. Jørgens forlæd 26. **København.** W. Donsen, Nørre Boulevard 2, St. Kontortid 12-1 og halv 7 bis halv 8 Uften og alle paa Vaerstedet. **København.** H. Jensen, Udr. Hr. Restan. Jensen, Kristian IX. Vej. **København.** G. C. Nielsen, Korsgade 17. **København.** N. Rasmussen, Kassefundet 3. **København.** Chr. Guldbrandsen, Kollandsgade 51. **København.** G. M. Jensen, Aeberrandsgade 30. **København.** M. R. Rinde, St. Bliedersgade 10, St. **København.** J. M. Schmidt, Hospitalssgade 28. **København.** P. Sørensen, Nygade 50, 1. Sal. **København.** H. J. Andersen, Sverrigsgade 38. **København.** Chr. Nielsen, Ol. Amstufsgaard 82. **København.** H. Jørgensen, Viftingsgade 7. Kontortid 12-1 og 6 bis halv 8. **København.** H. Nielsen, Biergade 4, St. **København.** J. Rasmussen, Smedegade. **København.** H. Jørgensen, Oestergade, Udr. Justesen. **København.** M. R. Riffen, Hofstræde. **København.** H. O. Hansen, Udr. J. Hansen. **København.** J. W. Hansen, Skagensvej, Udr. M. Hansen. **København.** H. Jensen, Snekker Karstens Ejendom, Smedelandsbujens. **København.** P. Christensen, Sundevej 27. **København.** H. Jensen, Udr. Hr. C. N. Dalbjøden. **København.** H. O. Rasmussen, Afholdshjemmet Udbetaler ikke pa Vaerstedet. **København.** H. Riffen, Oestergade. **København.** H. Jensen, Betanlegade. **København.** H. S. Rahlberg, Deagatan 28. **Malmö.** D. Johansson, Timmermansgatan 2, 3. tr. **Stockholm.** M. Andersson, Prästgatan 26. **Stockholm.** C. Dicksen, David Bagaresgatan 1, 2. tr. ut. **Stockholm.** C. Revander, Ol. Saadflugatan 24. **Stockholm.** H. J. Wahlquist, Tvärsgatan 64. **Stockholm.** A. Erilsson, St. Persgatan 3. **Stockholm.** Emil Desterberg, Rådhusgatan 9. **Stockholm.** D. J. Lindgren, Vesterall, Ola Erilsson. **Stockholm.** H. B. Lindström, Udr. A. D. Blom. **Stockholm.** J. W. Pettersson, Smedegatan 16. **Stockholm.** P. Riffen, Möbelaffären, Kungsgatan 21. **Stockholm.** C. J. Ragerberg, Starogatan 33, 2. **Stockholm.** C. Sjöblom, Udr. Sadelmager Ström. **Stockholm.** D. Baernes, Rådhusgatan 6, 2. **Stockholm.** C. Sjövald, Korsgade 8. Nedre Sinfager. **Stockholm.** A. Lolleken, Heigesgade 15. **Stockholm.** H. Jacobsen, Barnevigsgade 3.

Agitations-Comité.

Ag- und Map-Wenken: Sig Königsberg. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Berlin. Obmann: Georg Brandt, Köpfer 12. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Dresden. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Hamburg. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Köln. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Leipzig. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Regensburg. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Tübingen. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Ulm. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Weimar. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Wittenberg. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Zerbst. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Zwickau. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Chemnitz. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Aachen. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Bielefeld. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Bonn. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Braunschweig. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Düsseldorf. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Elberfeld. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Frankfurt a. M. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Halle. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Hannover. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Karlsruhe. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Mannheim. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Nürnberg. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Paderborn. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Saarbrücken. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Schwerin. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Trier. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Wiesbaden. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14. **Ag- und Map-Wenken:** Sig Würzburg. Obmann: S. Brand, Mäckerstr. 14.

Anzeigen.

Verband der Sattler u. verr. Bernfagenossen.
Sitzeslokal Berlin, Unter den Eichen 111.
Sonnabend, den 3. August 1901
Dampfer-Parthie
zum
Sommernachts-Ball
im
Schlosspark Wilhelmshof.
Großes Brillant-Genetwerk
ausgeführt vom Kunstgewerbetier Herrn Messow.
Abfahrt Abends präz. 8 Uhr. Draisener Wagen 5
(an der Bahnstation).
Billet incl. Fahrt und Tanz 50 Pf.
Billet, welche die Sonnabend, den 27. Juli nicht zurück-
gegeben sind, gelten als bezahlt.
Die Abfahrt ist bei der Abfahrt vorzuzugeln!

Ehrtiche Sattler, Gespanner und Stro-
hgenwacher bezuzugt auf Militär-Stell-Sammet
finden passende Beschäftigung bei hohen Herrschaften.
Stell-Sammet-Fabrik S. Martens & Co.
Frankfurt.
Beliebig nach vier Wochen bezügelt.

Sattlerei mit Wagenbau,
seit 22 Jahren in Berlin bestehend, mit Ausbucht
loft verlässlich.
Offerten S. 2. 17 Postamt 6 Berlin.

Ladewig's Bier-Stuben
Commandantenstr. 65.
Vorzügliches Weiß- und Bock-Bier.
Vereinssammet für 10 Personen.
Franz Willard. Telefon.
Zufuhr des „Frien Volkshaus“.

Stomle's Städtebuch
für reisende Arb. u. K. u. Künstler, mit Eisen-
bahn- u. Begehrte von Deutschland u. a. gr. Ländern.
886 Seiten geb. 1.20 Mk. Zu beziehen durch alle Buch-
handl. oder gegen Eins. von 1.40 Mk. von
S. Stomle's Verlag Stettin.

Die Berliner Kollegen und ihre Familien
treffen sich jeden Freitag Abend im Garten
des Gewerkschaftshauses.

Fachschriften u Lehrbücher
für Handwerker u Gewerbetreibende
Katalog gratis und franko
JOH. SASSEN BACH, Berlin, Unter den Eichen 111.

Die Einladung an die Militäreffekten-Fabrikanten.

auf die in nachstehendem Bericht Bezug genommen wird, hatte folgenden Wortlaut:

Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß es im vergangenen Jahre gelungen ist, in Berlin eine Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Militäreffektenindustrie herbeizuführen. In mehreren Verhandlungen vor dem Einigungsamte des Berliner Gewerbegerichts wurden in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit, Zwischenmeisterstufen und dergl. bindende, von Unternehmern und Arbeitern anerkannte Bedingungen festgesetzt.

Bei diesen Verhandlungen betonten vor Allem die Herren Fabrikanten die Notwendigkeit, dieses Uebereinkommen nicht allein auf Berlin zu beschränken, sondern auf ganz Deutschland auszuweiten. Es liegt auch zweifellos sowohl im Interesse der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer, im ganzen Kontinentalgebiete, alle im ganzen Reich, dieselben Arbeitsbedingungen zur Anerkennung und Durchführung zu bringen.

Wir glauben daher im gemeinsamen Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu handeln, wenn wir eine Aussprache herbeiführen, wie den in Berlin anerkannten Arbeitsbedingungen auch an anderen Orten Gültigkeit verschafft werden kann.

Zu diesem Zwecke haben wir für Sonntag, den 10. Februar, eine Konferenz der Militäreffektensattler nach Offenbach a. M. einberufen und erlauben wir uns, auch die Herren Fabrikanten hierzu einzuladen.

Wir glauben darauf verzichten zu können, Ihnen weitläufig die Zweckmäßigkeit einer gemeinsamen Aussprache klar zu legen, da der Nutzen so offenkundig zu Tage liegt; verschiedene Fabrikanten haben sich auch bereits im entgegenkommenden Sinne geäußert. So geben wir uns der ganz bestimmten Hoffnung hin, auch Sie auf der Konferenz begrüßen zu können.

Die Konferenz tagt im Saalbau, Aufstraße 26, und wird um 9 Uhr eröffnet. Etwaige Anfragen und Mitteilungen bitten wir an die Adresse Joh. Sassenbach, Berlin, Engel-Ufer 15 zu richten.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Verbandes der Sattler.
J. A.: Joh. Sassenbach.

Die Antworten lauteten folgendermaßen:

Berlin, den 2. Februar 1901.

An den Vorstand des Verbandes der Sattler und anderer Berufsgenossen.

Wir danken für die Einladung zu der Konferenz der Militäreffektensattler in Offenbach a. M., und wenn es uns vielleicht auch nicht möglich ist, derselben beizuwohnen, nehmen wir hier Veranlassung zu erklären, daß, wenn gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen im ganzen Reich durchzuführen sind, dies auch nach unserer Ansicht alle Interessenten befriedigen müßte.

Wir wünschen deshalb den dahingehenden Bestrebungen besten Erfolg.
Hochachtungsvoll H. Becker u. Co.

Berlin, den 31. Januar 1901.

Dem Vorstand des Verbandes der Sattler und verwandten Berufsgenossen, hier.

Auf das gest. Schreiben vom 28. d. Mts. theile Ihnen mit, daß es mir geschäftlich nicht möglich ist, Ihrer Einladung, der am 10. Februar d. J. in Offenbach a. M. stattfindenden Konferenz beizuwohnen, zu entsprechen.

Ich bemerke bei dieser Gelegenheit, daß es zweifellos im Interesse der hiesigen Arbeitnehmer wie Arbeitgeber liegt, die vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichts getroffenen Vereinbarungen — wie seiner Zeit von Ihnen auf das Bestimmteste zugesichert — im ganzen Reich zur Durchführung zu bringen, doch glaube ich kaum, daß es in der Hand der hiesigen Fabrikanten liegt, Sie hierbei zu unterstützen.
Hochachtungsvoll Franz Cöbau.

Offenbach a. M., den 5. Februar 1901.

An Vorstand des Verbandes der Sattler zu Händen des Herrn Joh. Sassenbach, Berlin.

Wir beantworten die gest. Zuschrift vom 28. d. Mts. dahin, daß wir, so lange die kleineren Firmen wie F. W. Kinkel-Mainz, D. Sohn-Friedberg, Hohmann u. Heibronner-Kaiserlautern, M. Stecher-Friedberg, Kitten-Karlsruhe nicht gehalten sind, die heute von uns verlangten Löhne anzuerkennen und in Folge dessen die größeren Aufträge — weil billiger — erhalten, uns auf Unterhandlungen bezüglich weiterer Lohnerhöhungen nicht einlassen.

Gerade die oben genannten Firmen haben es in Folge ihrer billigen Angebote zu Wege gebracht, daß wir im Dezember-Termin beinahe nichts belamen und unsere Sattler entlassen mußten wegen Arbeitsmangel.

Seien Sie da Ihre Kraft an, und haben Sie obige Firmen gewonnen, dann sind auch wir zu Unterhandlungen bereit.

Hochachtungsvoll M a u r y u. Co.

Offenbach a. M., den 8. Februar 1901.

An den Vorstand des Verbandes der Sattler
J. H. d. Hrn. Sassenbach, Berlin.

Auf Ihr Geheiß vom 28. pto. bedauern wir, Ihnen erwidern zu müssen, daß für uns absolut zur Zeit keine Veranlassung vor-

liegt, in irgend welche Verhandlungen wegen Lohnsätzen einzutreten, da wir bei den letzten Lieferungsvergebungen so schlecht abgeschnitten haben, daß wir nur Kleinigkeiten in Auftrag bekommen haben und die geringen Ausschläge an Aufträgen uns leider sogar genötigt haben, unsere Sattler auf Militärarbeiten größtentheils zu entlassen.

So lange nicht diejenigen Firmen, die durch außergewöhnliche billige Offerten Aufträge an sich bringen gehalten sind, die höheren Löhne zu zahlen, ist es ganz ausgeschlossen, daß wir uns zu einer Einigung für höhere Löhne einlassen können, da die ganz natürliche Folge die sein würde, daß wir überhaupt gar keine Aufträge mehr herein bekommen.

Wir haben die feste Ueberzeugung, daß diejenigen Leute, die in Betracht kommen und die Arbeiten so billig offeriren, noch lange nicht die Löhne zahlen, die wir selber und bis heute an unsere Arbeiter begeben, und sollte es in erster Linie Ihr Bestreben sein, bei diesen Leuten auf eine Höherstellung hinzuwirken, damit vor allen Dingen erst dort einmal Wandel geschafft wird; sobald dies erreicht haben, sind wir keineswegs abgeneigt, der Sache näher zu treten.
Hochachtungsvoll H. Müller u. Co.

Berlin, den 30. Januar 1901.

Herrn Joh. Sassenbach, Berlin, Engel-Ufer 15.

Im Besitz Ihres gest. Schreibens vom 28. d. Mts. kann ich Ihren Bestrebungen, die Lohnaufbesserungen der Sattlergesellen im ganzen deutschen Reich dem Berliner Tarif entsprechend herbeizuführen, nur beipflichten.

Leider ist es mir nicht möglich, am 10. Februar cr. Ihrer Konferenz in Offenbach a. M. beizuwohnen.

Ich bin jedoch bereit, mich einer später anzuberaumenden Konferenz — vielleicht im März oder April cr. — unter der Bedingung anzuschließen, daß die Inhaber namhafter Militär-Effekten-Fabriken ihr Erscheinen zusagen.
Hochachtungsvoll A. P. Hoffmann.

Berlin, den 31. Januar 1901.

An den Vorstand des Verbandes der Sattler,
Herrn Joh. Sassenbach, Berlin, Engel-Ufer Nr. 15.

Auf Ihr Schreiben vom 28. d. Mts. muß ich Ihnen leider mitteilen, daß ich geschäftlich verhindert bin, an den Verhandlungen in Offenbach theilzunehmen.
Hochachtungsvoll Franz Prekel.

Berlin, den 29. Januar 1901.

An den Vorstand des Verbandes der Sattler, hier.

In Beantwortung des Schreibens vom 28. cr. bedauere ich mittheilen zu müssen, daß ich, des für mich ungünstigen Termins wegen auf der Konferenz nicht erscheinen kann.

Im Uebrigen unterschreibe ich die Bestrebungen, dem Berliner Tarif in anderen Orten Deutschlands Geltung zu verschaffen.
Hochachtungsvoll A. Wunderlich Nachfolger.

Freiberg, Sachsen, den 31. Januar 1901.

Herrn Joh. Sassenbach, Berlin, Engel-Ufer 15.

Zur Erledigung Ihres Schreibens vom 28. d. Mts. so bin ich leider am 10. Februar unabhkömmlich, und muß zu meinem Bedauern abgehen, in Offenbach zu sein.

Bezüglich Regelung der Lohnfragen nach dem einheitlichen Tarif vom 27. September v. J., der mir vorliegt, bemerke ich, daß ich seit Jahren die Gewohnheit habe, mit meinen Leuten die bestimmten Akkordsätze festzusetzen, mit welchen dieselben zufrieden sind. Trotz alledem stehe ich auf dem Standpunkte, die einheitliche Regelung nach dem Vohn-Tarife in meiner Fabrik durchzusetzen, wenn dies einheitlich auch in ganz Sachsen geschieht.

Die Löhne, die ich jetzt zahle, sind im Vergleich zum Tarif theilweise etwas niedriger, theilweise etwas höher.

Wenn Sie mir von dem Erfolg Ihrer Versammlung berichten, bin ich Ihnen dankbar.
Achtungsvoll Moritz Siecher.

Rossdorf, den 2. Februar 1901.

Herrn Joh. Sassenbach, Berlin, Engel-Ufer 15.

Ich bin verhindert, an der Versammlung in Offenbach theilzunehmen. Wie schon früher mitgeteilt, bitte ich dann um weitere Nachricht, wenn die Angelegenheit einen einheitlichen Charakter angenommen hat.
Achtungsvoll F. Wilhelm Sassenbach.

Konferenz der Militäreffekten-Sattler Deutschlands

am 10. Februar 1901 im Gewerkschaftshaus zu Offenbach a. M.

Von den eingeladenen Fabrikanten waren keine erschienen, doch hatte eine Anzahl sich entschuldigt und den Arbeiten der Konferenz ihre Sympathie ausgesprochen. Vertreter der Arbeitnehmer waren erschienen aus Berlin, Dresden, Elberfeld, Barmen, Frankfurt a. M., Friedberg in H., Kaiserlautern, Karlsruhe, Mainz, Offenbach, Straßburg und Ulm-Stuttgart. Vom Zentralvorstand waren Sassenbach und Blum aus Berlin erschienen.

Aus den nicht vertretenen Orten Chemnitz, Göttingen, Götting, Hannover, Königsberg, Leipzig, Magdeburg und München waren ausführliche Berichte eingelaufen.

Um 9 1/2 Uhr eröffnete der Zentralvorsitzende Sassenbach die Konferenz. Er begrüßte die Delegierten mit dem Hinweis, daß der Vorstand auf Antrag der Filiale Eberfeld diese Konferenz einberufen hätte und wünscht, daß dieselbe mit beitragen möge, den Berliner Tarif in ganz Deutschland zur Annahme zu bringen. Ferner kommt er auf die Antworten der Fabrikanten zu sprechen, die in unserer Zeitung veröffentlicht sind und verliest noch einige, die später eingelaufen waren. Es wird nun zur Wahl eines Bureaus geschritten.

Gewählt wurden: Als Vorsitzende Treitner-Offenbach und Fadelbusch-Berlin, als Schriftführer Mohr-Berlin.

Treitner übernimmt den Vorsitz und begrüßt die Delegierten im Namen der Offenbacher Kollegen. Er hofft, daß die heutigen Verhandlungen mit beitragen, daß die Militär-Sattler Deutschlands einsehen, wie notwendig es ist, sich dem Verbands anzuschließen, um eine Macht darzustellen, die in der Lage ist, bessere Zustände in unserem Gewerbe erzielen zu können.

Die Tagesordnung lautet:

1. Wie verschaffen wir dem in Berlin angenommenen Tarif auch an den anderen Orten Giltigkeit?
2. Bestimmung des Ortes, wo die Generalkommission der Militäreffekten-Sattler ihren Sitz haben soll.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, wie verschaffen wir dem in Berlin angenommenen Tarif auch an den anderen Orten Giltigkeit, liegen folgende Anträge vor.

1. Berlin. Bildung einer Tariff Kommission der Militäreffekten-Sattler.

2. Berlin Welche Maßregel ergreifen wir zwecks Abschaffung der Peimarbeit.

3. Karlsruhe. Ein Zirkular ausgearbeiten und selbiges denjenigen Fabrikanten, welche den Berliner Tarif noch nicht anerkannt haben, zu unterbreiten, um dadurch ein Einverständnis der nord- und süddeutschen Fabrikanten zu erzielen, um bei der nächsten Submission unseren Forderungen gemäß zu submittieren.

4. Straßburg. Abschaffung der Peimarbeit; wenn nötig, sollen auf der Werkstatt Ueberstunden gemacht werden.

5. Dresden. a) Die Konferenz möge Mittel und Wege finden, um darauf hinzuwirken, daß sämtliche Militärarbeit unter behördlicher Kontrolle angefertigt wird.

b) Die Konferenz möge darauf hinarbeiten, daß bei Vergütung der Arbeit die Militärbehörde einen Minimallohn festsetzt. Es wurde nun in die Tagesordnung eingetretten und Fadelbusch-Berlin schlug vor, zu den schriftlichen Situationsberichten, die der Konferenz vorliegen, einen mündlichen zu geben; dieser Vorschlag wurde angenommen.

Als erster Redner sprach Bar-Dresden. Er erkannte an, daß es im Dresdener Arsenal etwas besser geworden wäre, was gegen bei der Firma Thiel noch traurige Verhältnisse herrschen.

Gleichzeitig bedauert er, daß es noch nicht möglich sei, in Freiberg setzen Fuß zu fassen, um so einheitlich vorgehen zu können. Nach seiner Ansicht wird es nicht eher besser, als bis die Behörde bei Vergütung von Arbeiten einen Minimallohn festsetzt, um so die Ausbeutung des Einzelnen zu verhüten. Ferner wünscht er staatliche Kontrolle und bittet den Dresdener Anträgen zuzustimmen.

Fischer-Ulm berichtet, daß bei ihnen verschiedene Artikel nach dem Berliner Tarif bezahlt würden. Daß nicht alles bezahlt würde, begründet er damit, daß die Fabrikanten die Arbeit wieder an Kleinmeister aufs Land vergeben, und diese könnten die Sachen billiger anfertigen, indem sie noch Landwirtschaft betreiben. Da jetzt in Ulm und Stuttgart wenig Arbeit vorhanden ist, so könnten sie einige weiteren Schritte thun, um den Berliner Tarif zur Annahme zu bringen.

Fadelbusch-Berlin giebt eine Darstellung der Berliner Verhältnisse, wie sie vor dem Streit waren und heute sind. Als die Berliner Militäreffekten eine Filiale gründeten, hatten sie mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es gelang ihnen zunächst, durch eine Reihe von Werkstättstichtungen die Kollegen zu überzeugen, daß nur durch eine starke Organisation ihre Lage eine bessere werden kann. Des weiteren unternahmen sie, einen Tarif ausgearbeiten, der sich unseren heutigen Verhältnissen anpaßt, um dadurch unseren Kollegen ein Ziel zu zeigen, nach dem wir streben. Er fährt weiter an, daß durch das starke Agitieren in Berlin die Mitgliederzahl der Militäreffekten in 1/2 Jahren von 42 auf 300 gestiegen ist. Da nun unsere rastlosen Arbeiten Erfolg hatten, so gingen wir auch an die schwierige Arbeit, die noch zu erfüllen war, und zwar an die Organisation der Peimarbeiter. Er schilderte die Lage der Peimarbeiter als eine traurige und führte an, wie es bei manchen Kollegen aussieht, welche zu Hause arbeiten. Man sollte garnicht glauben, welche elende Verhältnisse bei manchem Peimarbeiter in der Hauptstadt Deutschlands vorhanden sind. Aber wodurch entstehen die elenden Verhältnisse? Durch die niedrigen Preise, die gezahlt werden, wobei niemand im Stande ist, seiner Familie ein besseres Dasein zu verschaffen. Wenn man anderen Arbeitern irgend einer Branche erzählt, daß die Militäreffekten, welche doch indirekt vom Staate durch Vermittlung der Fabrikanten beschäftigt werden, solche traurigen Löhne haben, so kommt man und erklärt es für unmöglich.

Redner fährt weiter aus, daß man mit einer Petition an das Kriegsministerium gehen wollte, man hätte sich aber erinnert, daß man dasselbe schon einmal vor 5 Jahren gethan habe, aber keine Antwort erhalten hätte. Der Kriegsminister hätte später, als die Sache im Reichstag zur Sprache gekommen wäre, erklärt, daß man es bei dieser Petition mit unbekanntem Sattlergesellen zu thun gehabt hätte. Infolgedessen wurde die Petition unter-

lassen, und wir versuchten es mit der Selbsthilfe. Wir wählten eine Kommission, welche sich mit den Peimarbeitern beschäftigte, sie besuchte und zu Versammlungen abholte. Durch das Gehen, in dem sich die Peimarbeiter in den letzten Jahren befanden, sahen sie ihre traurigen Verhältnisse selbst ein und schlossen sich unserer Organisation an. Da wir nun soweit gekommen und im Stande waren, bessere Preise zu erzielen, da mußten wir einen Kampf führen, wie ihn die Berliner Gewerkschaft noch nicht gesehen hatte. Redner erinnert weiter an den Auspruch, den seiner Zeit der Fabrikant Bachhaus (Firma Wunderlich) in der Wer-Kommission gethan hat, indem er sagte, so lange die Sattler nicht zeigen, daß sie Standesbewußtsein haben, eher wird es bei ihnen nicht besser. Es waren aber noch keine 6 Monate vorüber, und die Fabrikanten schimpften nicht schlecht auf das Standesbewußtsein der Berliner Militäreffekten. Weiter kommt er auf den Streit zu sprechen und bringt die Schwierigkeiten vor, welche der Zentralvorstand in den Weg legte. Des weiteren fügt er hinzu, daß in der ersten Woche der Zentralvorstand die Forderung stellte, die Unterheiratheten müßten abreisen, oder auf Unterstützung verzichten. Hierbei sind die verheiratheten Kollegen hingegangen und haben mit den unterheiratheten ihre Unterstützung getheilt, in der zweiten Woche bekamen sie die volle Unterstützung vom Zentralvorstand. Redner bemerkt noch, daß ja das Resultat des Streiks bekannt wäre und wenn auch nicht der volle Tarif erreicht worden ist, so haben wir doch einen Erfolg zu verzeichnen, der von den Fabrikanten respektirt wird. Ferner arbeiten 350 Kollegen nur 9 Stunden. Des weiteren ersuchte er die Delegierten darauf hinzuwirken, daß in jeder Filiale eine Lokalkasse errichtet wird, um so einen Fonds zu sammeln, der dazu dient, einen kleinen Streit selbst zu führen, wenn der Zentralvorstand die Mittel verzweigt, und uns hierdurch in unserem Vorgehen schädigt. Die Berliner zahlen 20 Pf. pro Woche und haben hierdurch schon in 4 Monaten über 1200 M. auf der Bank, und hoffen am Ende d. J. 4000 M. einstragend angelegt zu haben.

W in d - Karlsruhe berichtet, daß nur wenig Werkstellen-Arbeiter vorhanden wären, indem die meiste Arbeit von kleinen Handweilern angefertigt würde.

Er bemängelt ferner das Submissionswesen und wünscht, daß die Regierung auch den höher Fordernden berücksichtigen möge. Ferner bemerkte er zu dem Berliner Tarif, daß darin Preise viel zu niedrig gesetzt wären, indem schon auf verschiedene Artikel bei ihnen höhere Preise bezahlt würden.

Der Vorsitzende verliest den inzwischen eingelaufenen Bericht von Magdeburg.

H a y m a n n - Straßburg als nächster Redner begrüßt die Delegierten im Namen der Straßburger Kollegen.

Zunächst geht er auf den Berliner Tarif ein, welchen sie den Fabrikanten vorgelegt hätten, und theilt mit, daß diese unter der Bedingung damit einverstanden wären, wenn er auch bei den Submissionen von der Konkurrenz berücksichtigt würde. Des weiteren bedauert er die Uneinigkeit zwischen den Kollegen, welche in Privatankäufen und denjenigen, welche im Arsenal arbeiten. Sie entstand aber nur dadurch, daß die Kollegen aus dem Arsenal nach Feierabend noch Arbeit nach Hause von den Fabrikanten holen und anfertigen. Ebenfalls nehmen die Kollegen aus der Fabrik noch Arbeit mit nach Hause, deshalb bittet er, daß sein Antrag betreffs Ueberstunden in der Fabrik angenommen würde. Ferner bemerkt er noch, daß die Arbeitszeit 10 Stunden und der Stundenlohn durchschnittlich 35-40 Pf. beträgt. Ueber das Submissionswesen wünscht er eine Petition an das Ministerium, worin bemerkt würde, daß bei Submissionen nicht immer die Arbeit an den am billigsten Submittirenden vergeben wird, sondern die Mitte herausgezogen werden muß. Wenn dieses der Fall wäre, so könnte unmöglich die Drückung der Arbeitslöhne so stark auftreten als jetzt.

P e h s e - Kaiserslautern berichtet, daß die Preise nach dem Berliner Tarif bezahlt werden, einige Artikel sogar darüber. Der Wochenverdienst beträgt 27 M. Weiter erklärt er, daß er zu den vorliegenden Anträgen keine Stellung nehmen könnte, indem er mit einem gebundenen Mandat versehen sei und den Auftrag hätte, gegen sämtliche Berliner Anträge zu stimmen. Ferner fährt er an, daß es nur in den Händen der Kollegen in allen Filialen liegen würde, den Berliner Tarif durchzubrüden.

B e r w e t s - Eberfeld bedauert in erster Linie, daß die Peimarbeit in Eberfeld-Darmen in so großem Maßstabe eingerissen ist und es viele Mühe kosten würde, dieselbe zu beseitigen. Ebenfalls fährt er an, daß, wie in Karlsruhe, viele Handmeister die Sattlerei als Nebenbeschäftigung betreiben, indem die Hauptbeschäftigung in Landwirtschaft besteht. Dann geht er auf die traurige Organisation der dortigen Kollegen ein. Der Durchschnittslohn betrage 18-20 M. bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden. Dann fährt er an, daß eine Fabrikanten Vereinigung am Plage besteht und dieselbe jede Woche zur Regelung der Preise zusammenkommt. Ferner kommt er auf das Vorgehen des Berliner Tarifs bei den Fabrikanten zu sprechen, wo die Fabrikanten ausführten, daß die Fabrikanten in anderen Städten erst einmal den Tarif bewilligen sollten, dann wären sie auch nicht abgeneigt. Weiter bemerkt er, daß von einem Vertreter einer auswärtigen Fabrik behauptet würde, das Rühlensfeld in Darmen derjenige wäre, welcher am meisten die Preise drückt. Redner behauptet, daß dieses der Fall wäre. Dann kommt er auf den Berliner Streit zu sprechen und bedauert, daß der Zentralvorstand bei der Bewegung vor dem Streit den Kollegen so große Schwierigkeiten bereite-

gleich am Gewerbegericht Barmen zustimmen mußten. Dies geschieht hiermit und hoffentlich zur heilsamen Lehre für unsere ganze Organisation und für die Arbeiter der Militär-Effekten-Industrie insbesondere.

Zunächst einiges für unseren Zentralvorstand. Es wurde uns am 18. April mitgeteilt (durch Sassenbach persönlich), daß der Streik unter allen Umständen beendet werden muß, auch wenn nichts erreicht würde, da in einem gewissen Verhältnis sich auch nicht das geringste klingende Geräusch vernehmen ließe. — Ein Brief, den wir von einem informierten Kollegen in Berlin erhalten, besagte, daß die Tariff Kommission dem Z. B. die Genehmigung für den Streik erst hätte abbringen müssen. Was heißt dieses abbringen?

Ein Zentralvorstand muß sich doch bewußt sein, daß ein derartiger Kampf — man hofft ja immer nur auf einige Tage — wochenlang andauern kann; ebenfalls muß ein Z. B. auch ganz genau über die eventuell zur Verfügung stehenden Mittel Klarheit haben. Hatte unser Z. B. diese Klarheit, als er sich die Genehmigung hat abbringen lassen? Wenn ja, dann ist das ein Sichduden unter die von ihm so verhöhte Nebenregierung, genannt Tariff-Kommission. Denn für mindestens 4 Wochen muß die Verhandlungsklasse die Mittel ganz allein aufbringen können und daß ist nicht möglich gewesen; die Filiale 4 Berlin hat schon in der zweiten Woche ihre Vorkasse von 1400 Mk. opfern müssen. Um kurz zu sagen, der Z. B. muß in Zukunft ganz genau prüfen, ob er in der Lage ist, auf 5-6 Wochen einen Lohnkampf aus der Verhandlungsklasse zu unterstützen; ist Letzteres nicht der Fall, so muß jedwedes G. föhrl unterdrückt werden und die Genehmigung unterbleiben. Allerdings muß zugegeben werden, daß Maßnahmen gemacht werden müssen, aber — nicht in der Militär-Effekten-Branchen. Hier hilft in Zukunft nur ein allerdings auch wieder sehr verhängnisvolles Radikalmittel — und zwar der Generalkrieg.

Im Letzteren sehr gut vorbereitet und ein günstiger Moment da so kann losgeschlagen werden auf der ganzen Linie, und dann kann es nicht mehr vorkommen daß an irgend einem Orte von den Kollegen Streikarbeit gemacht wird. Nunmehr kommen wir zu den Berliner Kollegen, welche laut Versammlungsbericht vom 8. Juni es bebauern, daß wir ihnen mit solchem Lob und Dank lohnten. Wir haben einen Brief vom 22. 6. 01 in Händen, der besagt, daß in der alten Werkstatt von Wunderlich Nr. 12 große Rosten grüne Rahmen angekommen sind. Die Arbeit ist in der neuen Fabrik in Blankenburg angefertigt worden, wo 200 Kollegen arbeiten. Die Arbeit ist ungestempelt angefertigt, dann nach der alten Fabrik transportiert und hier abgestempelt worden mit H. Clemen-Eberfeld und Mühlensfeld u. Co. in Barmen. Ebenfalls ist, oder soll bei Becker in Berlin Arbeit angefertigt worden sein. Letzteres sowohl als auch das Erstere ist uns von einem Kollegen, der von Berlin hier zureiste, bestätigt worden. Beruht der Inhalt des Briefes auf Wahrheit, so meinen wir doch, daß uns die Aufbringung solch einer Summe wenig nützen kann, wenn nebenbei in einem Vorort die Arbeit gemacht wird, die hier verweigert ist.

Wie sieht doch der Sekretär C. Mohr im vergangenen Jahre an uns, bei dem Berliner Streik: „Da ihr die Sabotage ungestempelt angefertigt habt und selbige für Berlin, also Streikarbeit war, so sind die Kollegen indirekte Streikbrecher.“ Wir gehen nun nicht so weit; es sei auch ferne von uns, die leitenden Personen einen Vorwurf darüber zu machen. Aber unter diesen 200 in Blankenburg arbeitenden Kollegen (wenn wir nicht irren, arbeitet Mohr auch da) giebt es doch auch sicher einige organisierte, denen die ungestempelte Arbeit sicher verächtlich vorkommen mußte und so die leitenden Personen aufmerksam machen konnten. Bei uns sind leider von 3 Kollegen 2000 Säbeltaschen im vergangenen Jahre angefertigt worden und man hat die ganzen Wuppertaler Kollegen beschimpft als indirekte Streikbrecher, was würden die Berliner Kollegen sagen, wenn wir nun sagen würden, und zwar mit etwas mehr Recht als vergangenes Jahr von dort aus, „da die 200 unsere Aufträge in grüner Arbeit zum größten Teil angefertigt haben, so sind die dortigen Kollegen Streikbrecher.“

Also wie dem auch sei — in Offenbach ist ja auch von unorganisierten und in Hannover von windigen Sachverständigen Arbeit angefertigt worden — in Zukunft zum geeigneten Moment auf der ganzen Linie zum Besatz — und derartige Sachen kommen nicht mehr vor und das sauer erworbene Geld fliegt nicht mehr so leicht zum Schornstein hinaus.

Nun ein Wort zu dem „Eingefandte“ in Nr. 11 unserer Zeitung von Straßburg, unterzeichnet E. J. J. Wenn ein oder mehrere Kollegen zusammen ein Eingefandte solchen Inhalts — wenigstens im ersten Teil — in eine Zeitung einrücken lassen, wer halt dann nicht mit dem Namen an die Öffentlichkeit? damit man weiß, wer sich so hat dähnen lassen. Denn wenn E. J. J. schreiben: „Ja, noch mehr, wie uns von Teilnehmern am dortigen Streik und von durchaus glaubwürdiger Seite berichtet wird, bekämpften sich quasi die beiderseitigen Streikleitungen, indem die Eberfelder, als der stärkere Teil, die Borschläge und Wünsche der Barmer Minderheit vollständig ignorierten und nachher, nachdem sie ihre eigene Sache mit Erfolg durchgeführt und die Arbeit wieder aufgenommen, die

Barmer Sache vollständig im Stich ließen.“ Ja, liebe Kollegen von Straßburg! Wir wissen thatsächlich nicht, sollen wir die glaubwürdige Seite mehr bedauern, oder Euch. Denn Erstere muß auf alle Fälle, ehe sie Straßburg mit ihrem Besuch beehrte, eine Trennanstalt parat haben, denn sonst könnte ein derartiger Blödsinn nicht kolportiert werden. Es sei hier ausdrücklich bemerkt, daß wir nur eine gemeinschaftliche Streikleitung hatten, gewählt von den Eberfeld-Barmer Kollegen in einer stark besuchten — gemeinschaftlichen — Versammlung am 3. April und zwar bestand die Streikleitung aus 5 Personen, aus je einer Fabrik ein Kollege, 2 in Barmen und 3 in Eberfeld. Zu diesen Kollegen wurden dann noch zugezogen, je ein Kollege von Barmen und Eberfeld, einer als Kassierer und der andere, um die schriftlichen Arbeiten auszuführen. Allerdings wohnten auch die 2 in Barmen arbeitenden Kollegen in Eberfeld. Wenn nun die durchaus glaubwürdige Seite ehrlich berichtet hätte, so hätte sie sagen müssen, daß in keiner Versammlung es nicht an Vorwürfen gegen — die gemeinschaftliche Streikleitung — gemangelt hat; mithin kann von einer quasi Bekämpfung beider Streikleitungen nicht die Rede sein, da nur eine existierte. Näheres ist ja in unserem Bericht in Nr. 11 zu ersehen. Ebenfalls kann von keiner Unterdrückung der Barmer Minderheit gesprochen werden; da die Barmer Kollegen ebenigut ihre Rechte wahrnehmen konnten — was übrigens in vollem Maße geschehen ist — wie die Eberfelder. Die Versammlungen waren gemeinschaftlich und demnach auch die Verhandlungen einfach und logischerweise nur gemeinschaftliche, mithin kommt die beherzigenswerthe Belehrung von Straßburg zu spät.

Weiter meinen die E. J. J., daß die Eberfelder, nachdem sie in 2 Fabriken die Arbeit aufgenommen, die Barmer Sache vollständig im Stich ließen. Ja, die Eberfelder können doch nichts dafür, daß Clemen und Becker ihnen die Bewilligung der Tarife als willkommenen Matengruß in den Schooß legten. Die größte Anzahl — einige werden ja froh sein, daß der verhassten Streikleitung mal ordentlich der Peß gegeben worden ist — der diesigen Kollegen schüttelt den Kopf über eine derartige Kritik der Eingefandte E. J. J. und begreifen nicht, wie man derartiges glauben kann und dann anonym veröffentlichen.

Was den zweiten Teil des Eingefandtes anbelangt, so geben wir ganz gerne zu, daß er viel richtiges enthält. Nach einer uns gewordenen Mitteilung der Tariffkommission müssen wir gestehen, daß in Süddeutschland wegen der schlechten Konjunktur und einem sonstigen klingenden Nebel auch nicht das Geringste unternommen werden kann.

Ob die Herren Fabrikanten dies wußten, daß in Süddeutschland, das Geschäft so flau geht, als sie mit uns den Vergleich am Gewerbegericht abschlossen, können wir nicht beurteilen; wir hatten aber den strikten Auftrag, den Streik zu Ende zu bringen.

Hätten wir gegen den Vergleich protestiert bezw. denselben nicht angenommen, so hätte der Streik fortgesetzt werden müssen, was auch richtig gewesen. Aber, Kollegen, wo nicht ist Rosen und die Propheten — da verstimmen auch die Jüdten. Deutlicher brauchen wir uns wohl nicht auszudrücken.

Hätten die E. J. J. auf unserer Stelle gestanden, so hätten sie nach den bestehenden Verhältnissen — diesen sind wir gewiß — nicht anders gehandelt und auch nicht anders handeln können.

Wie es sich nun mit dem Entgegenkommen der Streikleitung der Filiale Straßburg gegenüber verhält, so haben wir keine Ursache, auf diese Bemerkung einzugehen, da wir die Sache schon brieflich vor einiger Zeit erledigt haben, welches für uns genügt. Wir sehen der Filiale Straßburg auch fernerhin brieflich zur Verfügung.

Eberfeld, den 6. Juni 1901.

Die Streikleitung.
J. A. Wilh. Berwies.

Streiks und Lohnbewegungen.

Breslau. Der Streik bei der Firma G. L. Vippold, Kofferfabrik ist nach beinahe siebenwöchentlicher Dauer beendet worden. Nachdem bereits acht Mann aus den eigenen Reihen und in den Rücken gefallen waren, und sich außerdem schon eine Menge Arbeitswilliger gefunden hatte, auch vom Zentralvorstand Schwertigkeiten in den Weg gelegt wurden, so galt es, den Streik abzubrechen, trotzdem die Aussichten für uns noch sehr günstig waren. Es wurde versucht, einen ahnständigen Frieden zu schließen, indem zwei Mann zu Herrn Vippold geschickt wurden, was auch zur Verhandlung führte. Diese Verhandlung endete damit, daß sofort 21 Mann eingestellt wurden und etwaige Salenzen sollen aus den Reihen der vorläufig nicht Eingestellten ersetzt werden. Im Uebrigen habe Herr Vippold den beschprochenen Bedingungen vor dem Gewerbegericht nichts hinzuzufügen. — Das Ende des Streiks bedeutet wohl eine Niederlage, wenn man in Betracht zieht, daß die Streikenden zwischen Arbeitswillige gesetzt wurden und einen Revers unterschreiben mußten, in der Fabrik keine Agitation zu treiben. Als ein Vorteil für uns konnte noch erwähnt werden, daß sich die Konkurrenz am Orte die Gelegenheit zu eigen machte und mehrere eingerichtete Arbeiter einstellte. Ebenfalls können noch eine Anzahl

dort Beschäftigung finden, wenn die Erweiterung der Betriebsräume fertig gestellt ist.

Zum Schluss sei noch den Kollegen allerorts, die uns in so großartiger Weise unterstützten, aufrichtiger Dank dargebracht und wir geben Ihnen die Versicherung, uns bei eintretenden Fällen zu reuhandeln.

Da schon wieder auf den Zentralvorstand umhergeritten werden soll, so möchten wir konstatieren, daß ohne Eingreifen des Zentralvorstandes in der letzten Sitzung der Streikenden der Beschluß auf Aufhebung des Streiks in geheimer Abstimmung mit allen gegen zwei Stimmen gefaßt wurde, obgleich Herr Pippold eine Liste von 24 meistens älteren Arbeitern überlieferte, die er vorläufig nicht einstellen wollte, wogegen nur 20 Kollegen an die noch leeren Plätze gestellt werden sollten. Man sah ein, daß durchaus nichts mehr zu machen war. Der Zentralvorstand muß jede Verantwortung für den Ausgang dieses Streikes ablehnen, wie er auch die Verantwortung für den Ausdruck desselben von sich weist.

Dur Beitragserhöhung.

Berlin (Fittale I). Am 29. Juni fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, welche mittelwichtig besucht war, um Stellung zu nehmen zu der Erhöhung der Beiträge. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß der Vorstand keine bestimmte Stellung dazu nimmt und es den Mitgliedern vollständig überläßt. Kollege Hoffmann führt verschiedene Punkte an, wo er gegen jede Erhöhung ist; gleichzeitig berührt er Punkte, wo es nötig wäre, einer Erhöhung zuzustimmen. Auch Kollege Noenow ist dagegen, alle anderen Diskussionsredner sind für eine Erhöhung, verschiedene sind sogar für 30 Pfg. wöchentlichen Beitrag, denn nur dadurch kann mehr Leistung verlangt werden. Kollege Blum hält eine Klasseneinteilung für wünschenswert, indem sonst die kleinen Gehältern zu kurz kommen im Vergleich zu ihren Leistungen. Unter Urabstimmung zuzustimmen, wurde gegen drei Stimmen angenommen. Ein Antrag Sutterheim, die Erhöhung um 5 Pfg., wurde gegen eine Stimme angenommen.

Berlin II. (Freibriemenarbeiter.) In der am 15. Juni abgehaltenen Versammlung wurde auch über die geplante Erhöhung der Beiträge recht lebhaft diskutiert. Nachdem sich mehrere Kollegen für eine Erhöhung um 10 Pf. ausgesprochen, wurde folgende Resolution des Kollegen Haupt einstimmig angenommen:

„Die Fittale II erklärt sich mit dem Vorschlage auf Erhöhung der Beiträge einverstanden, indem sie voraussetzt, daß je höher die Beiträge, desto leistungsfähiger der Verband; sie hofft, daß sämtliche Verwaltungssstellen diesem Vorschlage zustimmen.“

Berlin IV. Unsere Mitglieder-Versammlung vom 28. Juni nahm einen Antrag an, in Anbetracht der doch nicht in allzu fernem Zeit einzuführenden Arbeitslosenunterstützung, den Wochenbeitrag von 20 auf 30 Pfg. zu erhöhen. Gleichzeitig wurde die Gründung einer Kassenkassa b-sprochen.

Brandenburg a. S. In der am 4. Juli stattgefundenen Versammlung wurde in Bezug auf Erhöhung der Beiträge folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

„Die heute am 4. Juli in der Zentral-Herberge tagende Versammlung erkennt die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge vollständig an und hofft, daß der Zentralvorstand dahin sorgt, daß die Beiträge um 10 Pfg. erhöht werden, weil die Arbeitslosenunterstützung doch bald eingeführt werden muß, und wir dann wieder zur Beitragserhöhung schreiten müssen.“

Cassel. Mitglieder-Versammlung vom 29. Juni. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Casseler Kollegen zu der geplanten Beitragserhöhung?“ rief eine lange, lebhafteste Debatte hervor. Der Vorsitzende, sowie Kollege Reiting, bestritten warm die Erhöhung der Beiträge, doch waren die meisten anderen Redner dagegen. Es wurde hervorgehoben, daß uns in Cassel durch eine Beitragserhöhung eine große Anzahl Mitglieder verloren gehen würde; auch würden die Extrabeiträge und Sammelkassen noch weiter bestehen bleiben, da bei vollen Kassen auch mehr Lust zum Streiken vorhanden sei. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, daß der Zentralvorstand bei Bewilligung von Streiks noch etwas genauer vorgehen möge als bisher. Einige Kollegen wären mit der Erhöhung einverstanden, wenn damit die Arbeitslosenunterstützung eingeführt würde. Der Antrag des Zentralvorstandes wurde hierauf bei geheimer Stimmabgabe mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Dessau. (1. Juli.) Die Versammlung der Fittale Dessau nahm folgende Resolution an:

„Die heute am 1. Juli im Versammlungstotale „Zum Burgkeller“ tagende Versammlung erkennt die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung auf 25 Pf. vollständig an und erlucht den Zentralvorstand um geeignete Diskussion.“

Hamburg. Kombinierte Mitglieder-Versammlung der Fittalen Hamburg I und II.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautet: Diskussion über die Erhöhung der Beiträge.

Nachdem Kollege Holzhammer die Gründe der vorzunehmenden Erhöhung erörtert hatte, ist Gaserberg als erster Redner auch

dafür, der Zentralkasse mehr Geld zuzuführen, aber nicht im Sinne des Sassenbach'schen Vorschlages, da von einer solchen Beitragserhöhung die Zentralkasse wenig Vorteil haben würde, so lange der § 15 unseres Statuts nicht präziser gefaßt sei. Der Redner ist der Meinung, daß durch eine vierteljährliche Extrabeitrag von 30 Pfg., welche unberührt der Hauptkasse zugeführt werden müßte, derselben mehr Geld zufließen würde als bei einer Beitragserhöhung um 5 Pfg.

Müller ist im Interesse der Arbeitslosenunterstützung für die Erhöhung der Beiträge. Kollege Pfenning glaubt, solche schwerwiegenden Veränderungen wie Erhöhung der Beiträge und Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht durch Urabstimmung vorzunehmen, ist aber auch hauptsächlich für eine gefüllte Hauptkasse, da wir ohne eine solche die Arbeitslosenunterstützung nicht einführen können.

Von anderer Seite wurde betont, den § 15 dahin zu ändern, daß bei einer höheren Beitragsleistung nur 20 Prozent der Einnahmen am Orte verwandt werden dürften, welche Maßregel sehr vorteilhaft für unsere Hauptkasse sein dürfte. Nach längerem für und Wider wurde eine Resolution eingebracht, welche sodann gegen drei Stimmen angenommen wurde.

Die Fittalen Hamburgs sind der Meinung, daß dieselben nur dann einer Erhöhung der Beiträge um fünf resp. zehn Pfennige zustimmen können, wenn gleichzeitig mit der Erhöhung auch die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird, um den Mitgliedern auch gleich einen Vorteil bieten zu können.“

Lehrschau. Am 29. Juni tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Zum ersten Punkt sprach Kollege Schüge in 1½ stündigem Vortrage über das Thema: „Der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe.“ Hierauf entspann sich über unsere Beitragserhöhung eine lebhafteste Diskussion. Von den meisten Kollegen wurde eine Erhöhung von 10 Pf. pro Woche vorgeschlagen. Auch wurde die Frage angeschnitten, ob es nicht möglich wäre, 2 Klassen einzuführen, damit also diejenigen, welche höhere Beiträge leisten, auch nun Arbeitslosenunterstützung erhalten sollen. Ebenfalls sind Kollegen der Meinung, daß die vom Kollegen Maurer vorgeschlagene Gewerbesteuer auch von der Erhöhung der Beiträge abhängig ist. In der nächsten Versammlung soll dieses näher besprochen werden. Verschiedene Kollegen sprechen ihre Mißbilligung aus über die vom Kassendirektor in Aussicht gestellte Agitationstour, da vornehmlich die Erfolge nicht den Kosten entsprechen.

Hainberg. (22 Juni.) Die einigermaßen gute Versammlung wurde um 9½ Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung stand: I. Der Vorschlag des Zentralvorstandes betreffend die Erhöhung der Beiträge. II. Die Einteilung unseres Verbandes in Gewerke mit beiderseitigen Gewerkschaften. III. Beschlüsse. Kollege Bieler giebt einen kurzen Überblick, wie der wirtschaftliche Kampf in unserem Gewerbe, hauptsächlich im verflochtenen Jahre, die finanzielle Seite unseres Verbandes in Anspruch genommen hat. Des Weiteren zeigt Redner durch verschiedene Beispiele, wie eine geringe Beitragserhöhung im Stande ist, die Finanzierung einer Organisation bedeutend zu heben.

Nachdem man noch einige Redner für und einer gegen eine Erhöhung der Beiträge gesprochen, gelangte ein Antrag einstimmig zur Annahme, welcher das Einverständnis mit dem Vorschlage des Zentralvorstandes ausdrückt, gleichzeitig aber verlangt, daß alsdann auch sofort die Frage der Arbeitslosenunterstützung näher erörtert wird. Die Versammlung bezweifelt aber, daß die Durchführung derselben bei einer Beitragserhöhung von 5 Pf. möglich ist, vielmehr würde ein Wochenbeitrag von 30 Pf. dazu unbedingt erforderlich sein.

Zum zweiten Punkt stimmten die Ausführungen sämtlicher Kollegen darin überein, daß der Vorschlag des Kollegen Maurer im Prinzip zu bekräftigen wäre, jedoch bei der jetzigen Lage des Verbandes, namentlich im Osten, noch unbedenklich ist.

Leipzig. In der Versammlung am 22. Juni entspann sich über die beantragte Erhöhung der Verbandbeiträge eine längere Diskussion. Die Meinungen gingen einerseits dahin, daß es zwecklos sei, aus den vom Vorstand und Ausschuss angegebenen Gründen die Beiträge zu erhöhen. Die ungünstigen Kassenverhältnisse würden bei einer eventuellen 5 Pf.-Erhöhung auch noch zu verzeichnen sein. Wenn nun auch die Kasse etwas leistungsfähiger würde, so müsse man doch bedenken, daß wir dadurch, ohne daß wir eine Vergünstigung bei Erhöhung der Beiträge eintreten lassen, auf Grund unserer zum Teil sehr schlecht fundamentierten Lage in unserem Berufe, auf ein Zurückgehen der Mitgliederzahl gefaßt sein müssen. Daß letzteres bei diesen oder jenen Neuerungen eintritt, kann ja nicht bestritten werden. Um wirklich einen Schritt vorwärts zu thun, müsse man bei Erhöhung der Beiträge an die Einführung der Arbeitslosenunterstützung denken, andernfalls man sich für eine Wirtleistung durchaus nicht erwärmen könne. Unsere bis jetzt eingeführten Unterstützungen sind nicht dazu angethan, die Kollegen kampft- und widerstandsfähig zu machen. Man solle lieber diese Art Unterstützungen den Krankenkassen überlassen. Nur wenn wir den Mitgliedern direkt im Kampfe ums Dasein unter die Arme greifen und nicht am Ende seines mühevollen Lebens, dann erhält der Verband den Charakter einer Kampforganisation und nicht eher. Wenn nun auch Redner gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung sprachen, so war doch Niemand, der direkt gegen eine Er-